

Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin

Article

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2008/2009

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin (2008) : Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2008/2009, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 1/2, pp. 1-20

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151564>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Grundlinien der Wirtschafts- entwicklung 2008/2009

1. Weltwirtschaftliche Expansion mit Risiken

Das weltwirtschaftliche Wachstum ist trotz der Krise auf den Hypothekenmärkten der USA robust geblieben. Allerdings können die Zeichen noch nicht auf Entwarnung gestellt werden. Denn gegenwärtig ist nicht vollständig absehbar, wie stark die negativen Effekte der Finanzkrise tatsächlich sind (Kasten 1). Die vorliegenden Befunde deuten auf eine Abschwächung der Dynamik hin, die allerdings in den meisten Ländern sehr moderat bleiben dürfte.

Bis Mitte 2007 zeigten die gängigen Indikatoren keine bevorstehende Dämpfung des weltwirtschaftlichen Wachstums an. Zwar war eine Abschwächung des Immobilienbooms in den USA zu erkennen, diese schien aber keine über die amerikanische Volkswirtschaft hinausgehenden dämpfenden Effekte auszulösen. Diese Sicht änderte sich jedoch, als zunehmend deutlich wurde, dass sogenannte Subprime-Anleihen in großem Umfang mit anderen Hypothekarkrediten in Schuldverschreibungen zusammengefasst und teilweise noch in weiteren Schritten gebündelt worden waren. In diesem Prozess haben nicht nur die Rating-Agenturen versagt, sondern es wurde auch die Inkompetenz eines großen Teils der Finanzmanager deutlich. So sind auch nach mehreren Krisenmonaten Höhe und genaue Art der Risiken nicht bekannt. Zudem ist unklar, wer letztlich die Verluste solcher Papiere trägt. Damit wurden die Anleihen zunehmend unattraktiv für Investoren. Dies hat zur Liquiditätskrise im Interbankenmarkt geführt, die über eine restriktivere Kreditvergabepraxis auch die Haushalte und Unternehmen treffen kann.

Inzwischen hat sich die Lage wieder etwas entspannt. Die Krise hat bisher nur vereinzelt auf andere Länder übergreifen, und eine Verschärfung erscheint nicht wahrscheinlich. Die Zusage der US-Regierung, von der Subprime-Krise betroffene Hausbesitzer durch Zinsfestschreibung zu unterstützen, mag aus ordnungspolitischer Sicht problematisch sein, sie trägt aber zu einer Stabilisierung bei.

Dennoch ist für die USA eine konjunkturelle Abschwächung zu erwarten. Die aus der Immobilienkrise resultierenden Vermögensverluste belasten vor allem den privaten Verbrauch. Daher hat die amerikanische Zentralbank mit ihrer Geld- und Zinspolitik sowohl für eine ausreichende Liquidität im Finanzsektor als auch für eine Unterstützung der Konjunktur gesorgt. Zwar wäre es ordnungspolitisch korrekt, Finanzinstitutionen die Konsequenzen ihres Verhaltens tragen zu lassen, dies

Arbeitskreis Konjunktur
asteinherr@diw.de

Inhalt

Grundlinien der Wirtschafts- entwicklung 2008/2009

1. Weltwirtschaftliche Expansion
mit Risiken
Seite **1**
2. Die wirtschaftliche Lage
in Deutschland
Seite **7**
3. Zur Wirtschaftspolitik
Seite **16**

Die wichtigsten Daten
der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung
für Deutschland
Seite **18**

Dieser Ausgabe liegt das Inhalts-
verzeichnis für den Jahrgang
2007 bei.

Kasten 1

Die Auswirkungen der amerikanischen Hypothekenkrise

Auf dem Hypothekenmarkt der USA wurden in den vergangenen Jahren in großer Zahl Darlehen an Personen mit geringer Kreditwürdigkeit vergeben (Subprime-Segment). Bei steigenden Immobilienpreisen konnte die Kreditrückzahlung unabhängig vom Einkommen über den neu beleihbaren Wertzuwachs der Immobilien finanziert werden. Je weiter die Erinnerung an die letzte Immobilienkrise Anfang der Neunziger Jahre verblasste, desto mehr trat allerdings das Risikobewußtsein einer Preiskorrektur in den Hintergrund. Im Gegenteil, zur Erleichterung des Einstiegs in den Immobilienmarkt für Geringverdienende wurden auch Zins- und Rückzahlungen in den Anfangsjahren herab- oder sogar ausgesetzt und auf spätere Jahre umgelegt. Schon für sich genommen baute sich damit ein erhebliches Krisenpotential auf. Hinzu kam das mittlerweile hohe Preisniveau bei Wohnimmobilien.

Zur exzessiven Darlehensvergabe trug bei, dass neue Verbriefungsformen die Risikobewertung verwässerten. Diese ermöglichten es den Immobilienfinanzierern, Kredite und das mit ihnen verbundene Ausfallrisiko aus ihrer Bilanz zu nehmen. Die Verbriefung der Kredite transferiert das Kreditrisiko und spült frisches Geld für neue Anlagen in die Kassen. Unterschätzt wurde dabei – auch von Regulatoren – dass die Anreize für eine gewissenhafte Risikobewertung mit dieser Innovation deutlich geringer wurden.

Die Risikostreuung in den emittierten Wertpapieren durch die ihnen zugrunde liegenden zahlreichen Hypothekenkredite, versehen mit einem heute nicht mehr nachvollziehbaren Gütesiegel der Rating Agenturen, machte diese Wertpapiere zu scheinbar sicheren Anlagen mit einem attraktiven Zins. Zusätzlich wurden diese Investitionen von den Banken häufig in Zweckgesellschaften durch relativ zinsgünstige kurzfristige Kreditaufnahmen refinanziert.

Die Anhebung der Leitzinsen in den USA seit 2006 erhöhte die Kosten variabel verzinsten Hypothekenkredite und führte zu rasch zunehmenden Kreditnehmerinsolvenzen und zum Zwangsverkauf ihrer Immobilien. Diese Immobilienverkäufe beschleunigten den Preisverfall nach einer 15-jährigen Immobilienhausse. Ein Teufelskreis ist sichtbar: Je größer die Preiskorrekturen ausfallen, desto mehr Insolvenzen entstehen und umso stärker fallen wiederum die Preise. Im März 2007 wurde der Wert der Subprime-Hypotheken auf rund 1 300 Milliarden Dollar geschätzt. Im Oktober 2007 waren 16 Prozent der variabel verzinsten Kredite im Zahlungsverzug – dreimal mehr als im Vorjahr.

Einige der großen Immobilienfinanzierer wie New Century Financial Corporation wurden insolvent, andere

wurden an der Börse abgestraft, wie auch eine Anzahl von Subprime-Investitionsfonds. Eine besondere Rolle spielten CDOs (Collateralized Debt Obligations), ein Anlagevehikel, das Kredite und verbrieft Wertpapiere verschiedener Güteklassen bündelt. Bislang sind 33 CDOs mit einem Volumen von 35 Milliarden Dollar notleidend geworden, und die meisten CDOs sind gegenwärtig im Markt nicht absetzbar.

Die Rückwirkungen auf die Realwirtschaft erfolgen über verschiedene Kanäle. Der Vertrauenseinbruch und die Schwierigkeit der Beurteilung der Kreditwürdigkeit hat den Geldmarkt illiquide gemacht. Bei geringerer Liquidität und verringertem Eigenkapital können die Banken ihre Kreditvergabe nicht erhöhen; auch können sie gewährte Kredite nicht mehr so günstig verbrieft wie bisher. Kapitalerhöhungen mit neuen Partnern, eine expansivere Geldpolitik und die Sondermaßnahmen wie das Einfrieren der Zinssätze bei notleidenden Krediten wirken der Gefahr geringerer Kreditvergabe entgegen, können sie aber nicht gänzlich bannen. Der größte Betrag an Subprime-Krediten wurde erst 2005 vergeben, so dass in diesem Jahr ein Tsunami an Zahlungsausfällen droht. Goldman Sachs schätzt, dass Finanzintermediäre bis zu 200 Milliarden Dollar an Verlusten abschreiben müssen und sich ihre Kapitalbasis damit um diesen Betrag verringern wird.

Nach den üblichen Relationen würde dies die Notwendigkeit einer Verringerung der Kreditvergabe von bis zu zwei Billionen Dollar ergeben. Davon dürfte auch die Kreditvergabe an den nichtfinanziellen Sektor betroffen sein. Erste Anzeichen einer Verschärfung der Kreditkonditionen liegen auch in Europa bereits vor. Eine massive Einschränkung der Kreditvergabe kann nur vermieden werden, wenn es den Banken gelingt, neues Kapital zu mobilisieren. Dies ist bisher auch mit Unterstützung von hiezulande gefürchteten Staatsfonds in zum Teil spektakulären Aktionen, wie bei Citibank und UBS, und in Form von Kooperationen mit chinesischen Staatsbanken, gelungen.

In den USA beeinträchtigen das Platzen der Immobilienblase und die Korrekturen im Subprime-Segment, die auch auf andere Teile des Hypothekenmarktes ausstrahlt, die Konsumnachfrage. 2007 ist der S&P/Case-Shiller-Immobilienpreisindex um 4,7 Prozent gefallen, nach einem leichten Rückgang 2006 und einem Anstieg von 15 Prozent im Jahr 2005: ein Swing von über 20 Prozent. Prognosen für 2008 und 2009 liegen bei Rückgängen von jeweils 7 Prozent. Im Falle einer Rezession könnten die Immobilienpreise sogar um bis zu 30 Prozent fallen. 2006 betrug das geschätzte Immobilienvermögen der USA rund 21 Billionen Dollar. Ein

Preisrückgang von 20 Prozent würde das amerikanische Immobilienvermögen um etwa vier Billionen Dollar verringern und damit – nach den üblichen Elastizitäten – den Konsum um 200 Milliarden Dollar senken. Dies entspräche (ohne Multiplikatorwirkung) einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 Prozent.

Zusätzliche Nachfrageeffekte ergeben sich durch Besonderheiten des amerikanischen Hypothekenmarktes. In diesem Markt war es für Eigentümer leichter als in den meisten anderen Ländern Immobilien zu beleihen. Steigende Immobilienwerte konnten umgesetzt werden in eine Anhebung des Hypothekenkredites, wodurch zusätzliche Mittel für Konsum oder Investitionen verfügbar wurden. Außerdem können Hausbesitzer aufgrund der prinzipiell kostenlosen vorzeitigen Kündigung von Hypothekenkrediten bei sinkenden Zinsen die alten Hypothekendarlehen durch neue zu niedrigeren Zinsen ersetzen. Bei unveränderten monatlichen Zahlungen kann die Hypothekenschuld erhöht werden und der zusätzliche Betrag für den Konsum eingesetzt werden. Jahrelang hat der Immobilienboom auch auf diese Weise das amerikanische Konsumverhalten geprägt. Von 1997 bis 2006 wurden so neun Billionen Dollar flüssig gemacht, ein Betrag, der 90 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens im Jahr 2006 entspricht. So wird leichter verständlich, wie die Sparquote der amerikanischen Privathaushalte, bezogen auf die laufenden

Einkommen, in den vergangenen Jahren auf nahezu Null absinken konnte. Jetzt ist zu erwarten, dass bei fallenden Immobilienpreisen und steigenden Hypothekenzinsen die aus den Hypotheken abgezogenen flüssigen Mittel versiegen und die Sparquote steigt. Das vorgeschlagene Programm der amerikanischen Regierung, bei ausstehenden Kreditverträgen die Zinsen einzufrieren, ist vor diesem Hintergrund ein Versuch, den Nachfrageschwund zu drosseln. Allerdings ist der Wohnbau 2007 im Vergleich zum Vorjahr bereits um 20 Prozent eingebrochen. Allein damit gehen mindestens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verloren. Beängstigend ist dabei, dass in der Vergangenheit neun von zehn Rezessionen in den USA nach einem Einbruch im Wohnungsbau stattfanden. Bei gleichzeitiger Krise im Kreditmarkt erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Rezession deutlich.

Fazit: Die gegenwärtige Krise auf den Finanzmärkten, die keineswegs auf den Hypothekenmarkt beschränkt ist und bereits weitere Kreise gezogen hat, ist noch längst nicht bewältigt. Nicht einmal eine vollständige Inventur der Risiken steht zur Verfügung. Trotz der bisher dreimaligen Zinssenkung in den USA und den Liquiditätsspritzen wichtiger Zentralbanken besteht weiterhin die Gefahr einer Verschärfung der Finanzkrise und eines Absinkens der amerikanischen Konjunktur in eine Rezession, wovon auch Europa betroffen wäre.

könnte kurz- und mittelfristig jedoch zu immensen Wachstumseinbußen führen.

In den meisten asiatischen Volkswirtschaften ist das Wachstum in hohem Maße exportgetrieben. Dabei spielen die USA als Absatzmarkt eine wichtige Rolle. Die Situation ist jedoch differenziert zu betrachten. Eine Dämpfung der Konjunktur ist vor allem für Japan zu erwarten, wo die Binnenkonjunktur die Verluste im Außenhandel nicht wettmacht. So verharrt der private Verbrauch bei Raten unter zwei Prozent, und auch die Anlageinvestitionen werden nach einem leichten Rückgang nur verhalten wachsen. In China und Indien, die zusammen inzwischen knapp zehn Prozent der Weltproduktion ausmachen und damit fast das Gewicht Japans erreicht haben, setzt sich der Boom in leicht abgeschwächtem Tempo fort. Dennoch wird China mit Raten um zehn Prozent zulegen und auch Indien liegt nur knapp darunter. Die Entwicklung wird in diesen Ländern sowohl von der Binnen- als auch von der Auslandskonjunktur bestimmt. Durch die schwächere Dynamik dürften die Inflations Tendenzen etwas zurückgedrängt werden. Das Wachstum in den übrigen Ländern Südostasiens liegt im Durchschnitt bei fünf bis sechs Prozent pro Jahr. Die Kerninflationsrate war hier

meist rückläufig, so dass (mit Ausnahme Südkoreas und Taiwans) die Leitzinsen gesenkt werden konnten. Dies kommt der Binnennachfrage zugute, so dass die Abschwächung im Außenhandel zum Teil kompensiert wird.

Die Immobilienkrise in den USA wird von einer massiven Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar begleitet. Dies verbessert die Leistungsbilanz der USA und stützt die dortige Konjunktur, setzt die Wirtschaft der europäischen Länder aber unter erhöhten Wettbewerbsdruck (Kasten 2). Um einer weiteren Aufwertung des Euro entgegenzuwirken, hat die Europäische Zentralbank zunächst darauf verzichtet, die Zinsen weiter anzuheben. Zwar hat die Inflation im Euroraum zuletzt auf gut drei Prozent angezogen, dies dürfte aber nicht von Dauer sein. Ein weiterer Anstieg der Ölpreise ist nicht zu erwarten, und die von der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland ausgehenden Preiseffekte laufen aus. Von der Lohnentwicklung gehen insgesamt keine inflationären Impulse aus. Zudem wird das Preisniveau durch die Aufwertung des Euro stabilisiert. Im Prognosezeitraum dürfte die von der Europäischen Zentralbank noch tolerierte Inflationsrate von zwei Prozent wieder eingehalten werden (Tabelle 1).

Kasten 2

Außenhandel und Euro-Aufwertung im Rahmen der Währungsunion – Italien und Deutschland im Vergleich

Oreste Napolitano, Universität Neapel, Gastwissenschaftler am DIW Berlin in Zusammenarbeit mit der Abteilung Konjunktur.

Der seit Anfang 2002 zu beobachtende stetige Wertverfall des US-Dollars gegenüber dem Euro hat Ende des vergangenen Jahres einen vorläufigen Höhepunkt

erreicht. Die starke Aufwertung des Euro macht der Wirtschaft im Euroraum zu schaffen. Sie verteuert europäische Exporte in den Dollar-Währungsraum, zu dem neben den USA eine Vielzahl weiterer Volkswirtschaften insbesondere im asiatischen Raum zählen, deren Währungen mehr oder weniger direkt an den Dollarkurs gekoppelt sind. Gleichzeitig werden nach Europa strömende Importgüter verbilligt. Allerdings sind die Länder des Euroraums, vor allem aufgrund divergierender Lohn- und Produktivitätsentwicklungen sowie verschiedener Handelsverflechtungen, in unterschiedlicher Weise von der Euroaufwertung betroffen. Dieser Sachverhalt wird hier anhand eines Vergleichs der jüngsten außenwirtschaftlichen Entwicklung Italiens und Deutschlands illustriert.

Die deutsche Exportwirtschaft hat in den vergangenen Jahren eine glänzende Entwicklung genommen. Die realen Warenexporte legten zwischen 2000 und 2006 im Durchschnitt um jährlich 9,5 Prozent zu. Im abgelaufenen Jahr dürfte der Zuwachs voraussichtlich erneut bei reichlich 8 Prozent gelegen haben. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz gegenüber ausgewählten Handelspartnern bis 2006. Während das Defizit gegenüber dem asiatischen Raum (insbesondere China) in diesem Zeitraum zugenommen hat, konnte der Überschuss gegenüber den USA trotz der Dollarabwertung leicht ausgebaut werden. Gegenüber den Handelspartnern innerhalb der EU schließlich ist die Zunahme drastisch – innerhalb von sechs Jahren hat sich der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands verdreifacht.

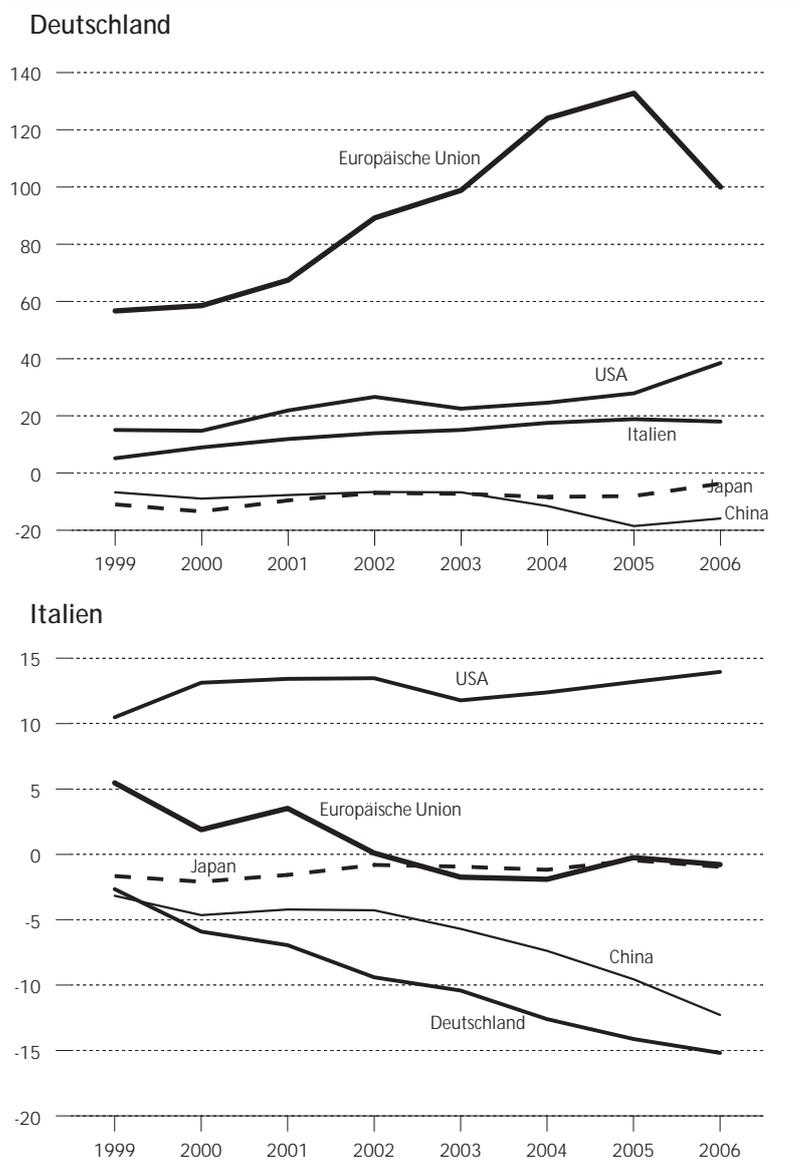
Im Vergleich dazu fällt die italienische Exportentwicklung weniger spektakulär aus. Während Deutschland seine Weltmarktanteile halten konnte, musste Italien in den letzten Jahren einen Rückgang um rund ein Prozent hinnehmen. In der Folge rutschte die Handelsbilanz in den negativen Bereich. Allein gegenüber den konsumfreudigen Vereinigten Staaten konnten bestehende Überschüsse ausgebaut werden. Im Handel mit Deutschland haben sich hingegen große Defizite aufgebaut, die die Überschüsse beim Handel mit den übrigen EU-Staaten übersteigen.

Die Hauptursache für diese unterschiedliche Entwicklung ist in der divergierenden realen Lohnkostentwicklung in Deutschland und Italien zu suchen. Während in Deutschland im verarbeitenden Gewerbe zwischen 2000 und 2006 die Arbeitsproduktivität pro Stunde im Schnitt um gut 4 Prozent pro Jahr gesteigert werden konnte und aufgrund niedriger Lohnabschlüsse die Lohnstückkosten um jährlich rund 1,7 Prozent san-

Abbildung 1

Handelsbilanzen Deutschlands und Italiens gegenüber wichtigen Handelspartnern

In Milliarden Euro



Quelle: OECD.

DIW Berlin 2008

ken, erhöhte sich in Italien die Produktivität kaum, und die Kosten stiegen an (Tabelle 1).

Die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit werden deutlich, wenn der nominalen die reale effektive Wechselkursentwicklung gegenübergestellt wird, in die nach den Handelsstrukturen gewichtete nominale Wechselkursänderungen sowie die Lohnstückkostenentwicklung eingehen (Abbildung 2). Während der auf diese Weise berechnete reale effektive Wechselkurs für Deutschland aktuell unter dem Niveau von 2000 liegt, hat Italien im selben Zeitraum eine 35-prozentige Aufwertung zu verkräften gehabt. So erklärt es sich, dass trotz des fortgesetzten starken Anstiegs des nominalen Außenwertes des Euro der bereits enorme Leistungsbilanzüberschuss insbesondere gegenüber dem Rest der EU weiter zunimmt. Dieser Mechanismus wirkt allerdings nur, solange die Partner innerhalb der Währungsunion nicht ihrerseits mit einer Strategie der realen Abwertung durch Verringerung der Arbeitskosten reagieren.¹

Ein weiterer Faktor, der zur schwachen Außenhandelsentwicklung Italiens beigetragen haben dürfte, ist die Spezialisierung Italiens in Bereichen, die durch besonders starke Konkurrenz von Schwellenländern auf den Weltmärkten sowie eine sich tendenziell schwächer entwickelnde weltweite Nachfrage gekennzeichnet sind. Das italienische Institut für Außenhandel (ICE) geht davon aus, dass die außenwirtschaftliche Spezialisierung Italiens den Rückgang des italienischen Anteils an den Exporten des Euroraums während des vergangenen Jahrzehnts zu drei Vierteln erklärt.²

Neben Einbußen bei der Wettbewerbsfähigkeit hat auch die anhaltende binnenwirtschaftliche Schwächephase in Deutschland den italienischen Exporteuren zu schaffen gemacht, wie aus der Entwicklung der Zuwachsraten der Ausfuhren nach Deutschland seit dem Jahr 2000 deutlich wird. Noch bevor die Verluste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit wirksam werden konnten, brachen die Exporte spürbar ein. Erst die binnenwirtschaftliche Erholung ab Ende 2005 hat auch die italienischen Wareneinfuhren nach Deutschland wieder in Schwung gebracht (Tabelle 2).

¹ Zu einer Diskussion der wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen für die Geld- und Lohnpolitik im Euroraum vgl. Fritsche, U., Dullien, S.: Anhaltende Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung im Euroraum problematisch. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 22/2007.

² Vgl. zu Tendenzen der italienischen Außenhandelsentwicklung ausführlich Istituto Nazionale per il Commercio Estero (ICE): Italy in the World Economy – Summary. ICE Report 2006-2007, www.italtrade.com/Italy/world_market06_07.pdf.

Tabelle 1

Lohnstückkosten und Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland und Italien
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Deutschland		Italien	
	Nominale Lohnstückkosten	Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis	Nominale Lohnstückkosten	Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis ¹
2000	-1,8	7,0	-0,6	3,1
2001	0,7	2,6	3,8	0,0
2002	1,4	1,0	4,2	-1,0
2003	-1,1	3,6	5,6	-1,5
2004	-3,0	3,7	3,5	-0,1
2005	-4,5	3,7	3,0	1,6
2006	-3,7	7,1	1,1	1,1

¹ Im produzierenden Gewerbe.

Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Istituto Nazionale di Statistica.

DIW Berlin 2008

Tabelle 2

Bilaterale Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

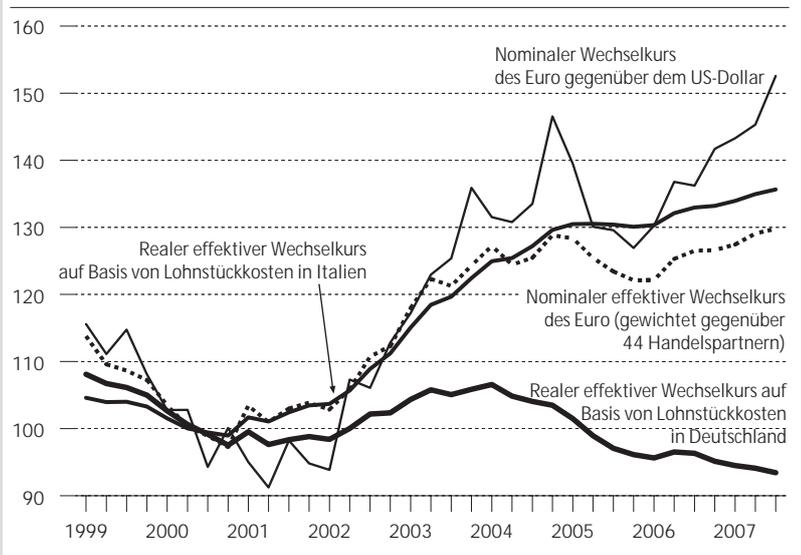
	Italienische Exporte nach Deutschland	Deutsche Exporte nach Italien
2000	4,9	20,6
2001	1,1	5,1
2002	-7,0	0,2
2003	2,5	1,8
2004	3,8	8,3
2005	2,0	3,6
2006	8,8	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

Abbildung 2

Nominale, reale und effektive Wechselkursentwicklung
Index 2000 = 100



Quellen: OECD.

DIW Berlin 2008

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in %			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
EU-27	36,1	3,1	2,8	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2	2,0	8,3	7,4	7,2	7,0
<i>Darunter:</i> Euroraum	26,3	2,9	2,6	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1	1,9	8,7	7,8	7,5	7,3
Außereuropäische Industrieländer													
USA	32,7	2,9	2,1	1,9	2,9	3,2	2,9	2,0	1,6	4,6	4,6	5,0	5,0
Japan	10,8	2,2	1,9	1,6	1,8	0,2	0,0	0,4	1,2	4,1	3,9	4,1	4,2
Kanada	3,2	2,8	2,6	2,4	2,4	2,0	2,2	1,8	2,2	6,3	6,0	6,1	6,2
Ausgewählte Industrieländer¹	82,7	2,9	2,4	2,0	2,4	2,3	2,2	1,9	1,8	6,4	5,9	6,0	5,9
Russland	2,4	6,7	7,5	6,6	6,3	9,7	8,8	9,7	8,3	7,1	7,1	7,0	6,8
China und Hongkong	7,0	10,8	11,1	10,3	9,6	1,5	4,7	5,2	3,8	–	–	–	–
Indien	2,3	9,4	8,8	8,6	8,5	5,8	6,4	5,3	5,2	8,2	8,7	8,1	7,4
Ostasien ohne China ²	5,5	5,3	5,2	5,3	5,5	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt³	100,0	3,8	3,4	3,0	3,3	–	–	–	–	–	–	–	–

1 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.

2 Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen in US-Dollar.

3 Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar.

Quellen: Global Insight und Berechnungen des DIW Berlin. 2007 bis 2009: Prognose von Global Insight.

Kooperation DIW Berlin – Global Insight

Mit den Wintergrundlinien 2008 legt das DIW Berlin zum ersten Mal eine Prognose vor, die im weltwirtschaftlichen Teil auf der Grundlage von Informationen von Global Insight erstellt worden ist. Global Insight ist einer der weltweit führenden Anbieter wirtschaftlicher Daten, der kontinuierlich Analysen und Prognosen zur volkswirtschaftlichen und sektoralen Entwicklung für über 200 Länder erstellt. Die Zusammenarbeit des DIW Berlin mit Global Insight hat ihren Ursprung in der gemeinsamen Entwicklung von makroökonomischen Modellen. So hat in den letzten beiden Jahren ein DIW-Team gemeinsam mit Global Insight im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen ein Modell für die vier größten europäischen Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) entwickelt.

DIW Berlin 2008

Die Wirtschaft im Euroraum dürfte sich in diesem Jahr mit einem Wachstum von gut zwei Prozent etwa im Rahmen ihres Potentials entwickeln. Die leichte Abschwächung bei den Investitionen und der aufwertungsbedingte Dämpfer beim Außenhandel werden durch eine lebhaftere Entwicklung des privaten Verbrauchs weitgehend kompensiert. Mit der Verschiebung der Wachstumsimpulse von den außenwirtschaftlichen hin zu den binnenwirtschaftlichen Faktoren ist das Wachstum ausgeglichener. Die Arbeitslosenquote wird sich in den meisten Ländern noch einmal leicht verringern.

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich im Euroraum weiter günstig. Das aggregierte Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt lag 2007 nur noch bei rund einem halben Prozentpunkt. Dies war vor allem den Konsolidierungsanstrengungen in Deutschland und Italien zu verdanken. Im laufenden Jahr dürfte sich die Quote wieder etwas erhöhen, da die Finanzpolitik insgesamt auf einen neutralen oder leicht expansiven Pfad einschwenkt.

Für Großbritannien ist eine deutliche Abschwächung des Wachstums zu erwarten, auch weil die Effekte der Hypothekenkrise größer sein werden als in den Ländern Kontinentaleuropas. Die Bank von England befindet sich in einem Dilemma: Einerseits möchte sie die Konjunktur stützen und weitere Risiken im Bereich der Immobilienfinanzierung minimieren, andererseits muss sie versuchen, die sich verstärken-

de Inflation in den Griff zu bekommen. Gegenwärtig spricht vieles dafür, dass sie ihren Leitzins zunächst auf dem aktuellen Niveau belässt.

Die Schwergewichte unter den osteuropäischen EU-Staaten, Polen und die Tschechische Republik, weisen einen ähnlichen Konjunkturverlauf auf wie der Euroraum, sie befinden sich – im Zuge ihres Aufholprozesses – jedoch auf einem steileren Wachstumspfad. Allerdings geht die Entwicklung mit zunehmenden Leistungsbilanzdefiziten einher. In Ungarn wird versucht, die schlechte Lage der öffentlichen Haushalte durch eine restriktive Finanzpolitik in den Griff zu bekommen und gleichzeitig die hohe Inflation zu bremsen. Infolge dieser Politik fällt das Wirtschaftswachstum kurzfristig niedriger aus.

Die Entwicklung in Russland wird in erster Linie von den Rohstoffmärkten angeschoben. Die Preise für Erdöl und Erdgas sind so stark gestiegen, dass die Einnahmen aus dem Energiegeschäft bereits doppelt so hoch sind wie die aus allen anderen Exporten zusammen. Da sich sowohl die Löhne als auch die Gewinne stark erhöhten, sind Konsum und Investitionen zweistellig gestiegen. Die Expansion der Nachfrage wird sich im Prognosezeitraum nur leicht abschwächen und dürfte die Ausweitung der Kapazitäten übersteigen. Damit bleibt die Inflation mit Raten von knapp zehn Prozent ein erhebliches Problem.

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Nach der kräftigen Expansion in den beiden Vorjahren mit Wachstumsraten von 2,9 Prozent (2006) und geschätzten 2,5 Prozent (2007)¹ schwächt sich die Konjunktur etwas ab. Für das Jahr 2008 erwartet das DIW Berlin einen Zuwachs von 2,1 Prozent und für 2009 einen solchen von 1,7 Prozent. Getragen wird das Wachstum im Prognosezeitraum von der Binnennachfrage und hier insbesondere vom privaten Verbrauch, der 2008 zur wichtigsten Triebfeder der wirtschaftlichen Entwicklung wird. Diese Verschiebung in den Wachstumskräften war bereits im Jahr 2006 angelegt, konnte sich aber wegen der Mehrwertsteuererhöhung nicht entfalten.

Der Außenhandel wirkt vor dem Hintergrund eines sich zuletzt etwas ungünstiger entwickelnden weltwirtschaftlichen Umfeldes vorübergehend leicht bremsend auf die konjunkturelle Entwicklung. Dem negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels von 0,3 Punkten im Jahr 2008 steht aber bereits im Jahr 2009 eine neutrale Wirkung auf das Wachstum in Deutschland gegenüber (Abbildung 1. In dieser Einschätzung spiegelt sich insbesondere die Erwartung, dass die zwischenzeitliche Abschwächung der Weltwirtschaft nicht von Dauer sein wird und die deutschen Exporteure ihre Weltmarktanteile im Prognosezeitraum halten können (Kasten 3).

Die um den Einfluss der Zahl der Arbeitstage bereinigten Wachstumszahlen (1,8 Prozent für 2008, 1,7 Prozent für 2009) zeigen bereits für 2008 eine deutliche konjunkturelle Verlangsamung (Abbildung 2). Rechnet man ferner statistische Überhängeffekte heraus, so signalisieren die verbleibenden Verlaufsraten von 0,9 Prozent (2008) und 1,1 Prozent (2009), dass die konjunkturelle Dynamik 2008 sogar etwas schwächer ausfällt als 2009. Die Abschwächung findet dabei insbesondere zu Beginn des Jahres statt; in der Folge zieht das Wachstum wieder etwas an und setzt sich mit stetigen Raten fort (Abbildung 3, Tabelle 2).

Konsum: Erholung nach dem Mehrwertsteuerkater

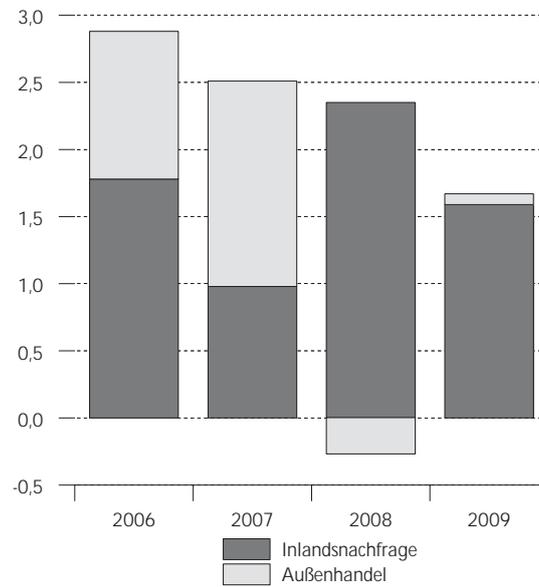
Nachdem der private Verbrauch 2007 real leicht rückläufig war (um 0,2 Prozent), ist 2008 mit einer deutlichen Erholung zu rechnen. Mit einem Zuwachs von 2,1 Prozent – dem höchsten seit dem Jahr 2000 – wird der private Konsum zum wichtigsten Wachstumsträger. Allerdings spielt hier vor allem

¹ Dies impliziert ein saison- und kalenderbereinigtes Wachstum im letzten Quartal 2007 von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal, wie vom aktuellen DIW-Konjunkturbarometer anzeigt; vgl. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51–52/2007.

Abbildung 1

Beiträge zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



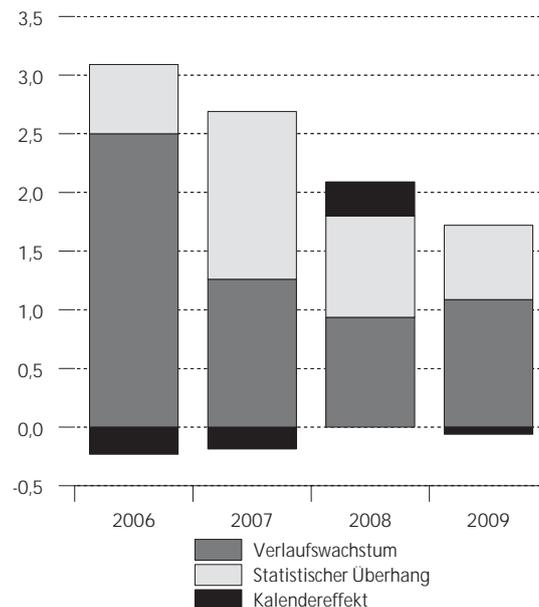
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 2

Technische Zerlegung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Kasten 3

Annahmen der Prognose

Die wichtigsten Annahmen der vorliegenden Prognose bis Ende 2009:

- Die EZB belässt den Leitzins unverändert auf dem derzeitigen Niveau von 4 Prozent.
- Der Ölpreis (Nordsee Brent) bewegt sich um 90 US-Dollar/Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel bei 1,50 US-\$/Euro.
- Der Welthandel expandiert im laufenden und im nächsten Jahr um 7 Prozent.
- Die Tariflöhne (Effektivlöhne) steigen in diesem Jahr um 2,4 Prozent (2,6 Prozent), im nächsten Jahr um 2,0 Prozent (2,2 Prozent).

ein statistischer Basiseffekt von 0,8 Prozentpunkten eine Rolle, über den das sehr schwache erste Halbjahr des Jahres 2007 rein rechnerisch positiv nachwirkt. Daher kann von einem Konsumboom keine Rede sein, vielmehr machen sich nun – nach der Unterbrechung durch die Mehrwertsteuererhöhung im Vorjahr – die im Konjunkturverlauf typischen Auftriebskräfte bemerkbar: So kommt es neben dem – wenn auch abgeschwächten – weiteren Beschäftigungsaufbau nunmehr zu einem Anstieg der realen verfügbaren Einkommen. Anders als im bisherigen Verlauf des Aufschwungs ist im

Jahr 2008 erstmals auch mit einem Zuwachs bei den real verfügbaren Löhnen je Arbeitnehmer zu rechnen. 2009 wirken keine statistischen Sondereffekte mehr, und vom Beschäftigungsaufbau gehen geringere Impulse für den privaten Verbrauch aus. Mit einem Zuwachs von 1,4 Prozent bleibt der private Verbrauch im Jahr 2009 wieder leicht hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück. Die Sparquote sinkt – auch im Zuge der verbesserten Beschäftigungssituation – gegenüber dem Vorjahr deutlich und erreicht mit rund zehn Prozent den zehnjährigen Durchschnitt.

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	0,8	2,9	2,5	2,1	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 883	38 846	39 089	39 716	39 929	40 018
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 168	4 573	4 225	3 642	3 447	3 388
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 388	4 861	4 487	3 776	3 554	3 492
Erwerbslosenquote ² , ILO (in %)	9,7	10,6	9,8	8,4	8,0	7,8
Arbeitslosenquote ² , BA (in %)	10,3	11,4	10,6	8,7	8,2	8,0
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	2,0	1,7	2,1	1,8	1,7
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,4	-0,7	-1,1	0,5	0,4	0,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-83,6	-75,6	-37,3	1,7	-1,0	5,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,4	-1,6	0,1	0,0	0,2
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	4,3	4,6	5,0	6,7	6,3	5,5

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2007 bis 2009: Prognose des DIW Berlin.

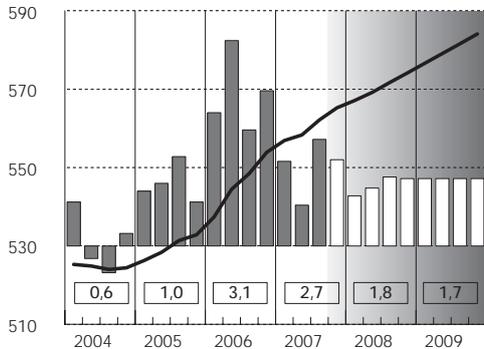
DIW Berlin 2008

Abbildung 3

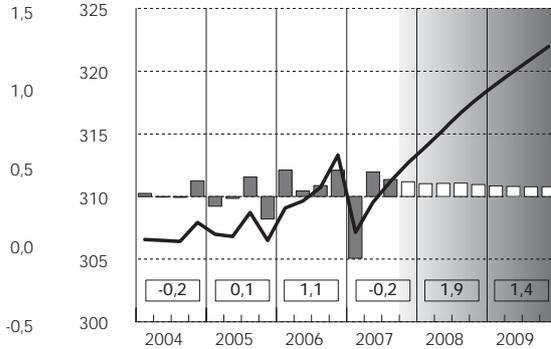
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

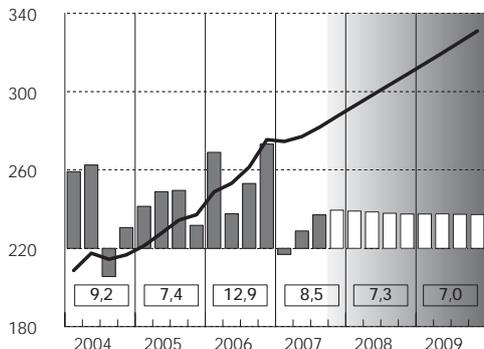
Bruttoinlandsprodukt



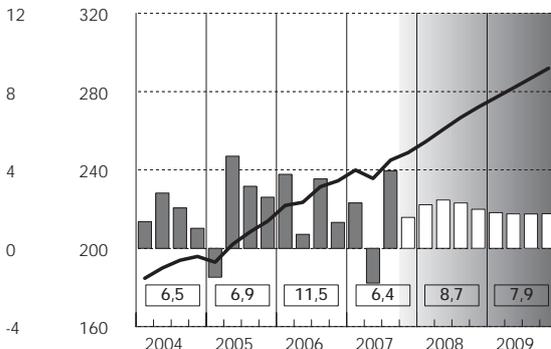
Konsumausgaben der privaten Haushalte



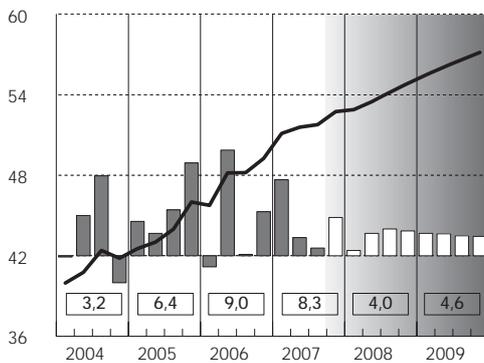
Exporte



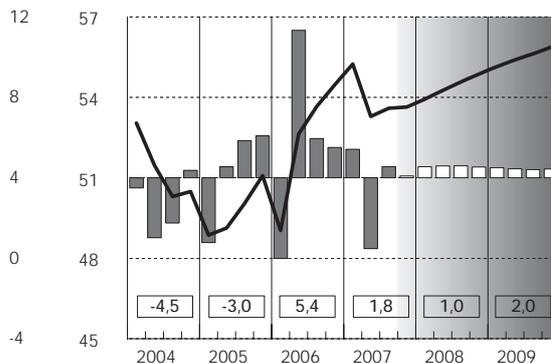
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Annualisierte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Investitionen: Abgeschwächtes Wachstum

Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen expandieren seit einigen Jahren wieder kräftig. Dabei stand die Erweiterung der Produktionskapazitäten

zunehmend im Vordergrund. Außerdem haben die Unternehmen bereits geplante Investitionsprojekte vorgezogen, um noch die degressiven Abschreibungsmöglichkeiten zu nutzen, die Ende 2007 ausgelaufen sind. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen in den beiden vergangenen Jahren jeweils um etwa

Kasten 4

Funktionale Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland

Engelbert Stockhammer, *Wirtschaftsuniversität Wien, Gastwissenschaftler am DIW Berlin in Zusammenarbeit mit der Abteilung Konjunktur.*

Seit 2001 gehen in Deutschland sowohl die bereinigte als auch die unbereinigte Lohnquote zurück. Die Reallöhne sind in den letzten Jahren gesunken bzw. kaum gewachsen. Im dritten Jahr des derzeitigen Wirtschaftsaufschwungs zeichnet sich nun jedoch eine Trendwende ab. Die Lohnabschlüsse sind wieder kräftiger, und die Lohnquote dürfte sich in den nächsten Jahren stabilisieren. Im Folgenden werden die Auswirkungen einer steigenden Lohnquote auf die aggregierte Nachfrage analysiert.

Steigt die Lohnquote, so sind davon unterschiedliche Auswirkungen auf die Teilaggregate der Nachfrage zu erwarten. Die privaten Konsumausgaben werden stimuliert, da Lohnneinkommensbezieher (aufgrund niedrigerer Durchschnittseinkommen) eine höhere Konsumneigung haben als Bezieher von Kapitaleinkommen.¹ Die Investitionstätigkeit wird durch eine steigende Lohnquote (bei sonst gleichen Bedingungen) eher gedämpft, da die Rentabilität der Investitionen abnimmt. Schließlich wird der Anstieg die Nettoexporte gebremst, da mit der Lohnquote auch die Lohnstückkosten steigen und sich damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert. Der Gesamteffekt ist daher a priori nicht bestimmt, sondern empirisch zu ermitteln.²

Die Tabelle fasst die Ergebnisse einer Studie zusammen, die diese Frage auf Grundlage einer ökonometrischen Schätzung von Konsumausgaben, Investitionen, Preisgleichungen sowie Import- und Exportfunktion für

Deutschland untersucht.³ Die ermittelten Effekte entsprechen qualitativ den Erwartungen. Die Auswirkung auf die Konsumausgaben ist positiv: Eine Erhöhung der Lohnquote um einen Prozentpunkt führt danach gegenwärtig zu einer Erhöhung der privaten Konsumausgaben um 0,44 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts (1970 war dieser Effekt aufgrund der weniger gespreizten Einkommensverteilung etwas geringer). Ein statistisch signifikanter Effekt auf die Investitionen ließ sich dagegen nicht nachweisen. Dies mag auf den ersten Blick überraschen. Allerdings ist dieses Ergebnis durchaus im Einklang mit anderen (aggregierten) Schätzungen zum Investitionsverhalten.⁴ Schließlich finden sich kräftige Effekte auf den Außenhandel. Eine Erhöhung der Lohnquote um einen Prozentpunkt führt derzeit zu einer Reduktion der Nettoexporte um 0,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Wert hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt, was die Zunahme des internationalen Handels widerspiegelt. Insgesamt ergibt sich ein Effekt von derzeit 0,17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Eine Erhöhung der Lohnquote stimuliert daher die gesamtwirtschaftliche Nachfrage tendenziell, ein Absinken hingegen verringert sie. Der jährliche Effekt ist moderat, über mehrere Jahre hinweg können die kumulierten Effekte jedoch durchaus volkswirtschaftlich relevant sein.

Bei diesen Ergebnissen handelt es sich um partielle Nachfrageeffekte. Zweitundeneffekte sind daher ebenso wenig berücksichtigt wie angebotsseitige Effekte. Da die Lohnkosten steigen, wird es einen Anreiz zur Einführung kapitalintensiverer Produktionsverfahren oder zur Produktionsverlagerung geben. Das geschätzte Modell unterscheidet auch nicht zwischen verschiedenen Qualifikations- und Lohnniveaus, sondern geht von einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Lohnquote aus. Niedriglohnsektoren könnten jedoch stärker von angebotsseitigen Effekten (wie Produktionsverlagerungen) betroffen sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts ist konsistent mit den Ergebnissen in der Tabelle. Die Phase einer fallenden Lohnquote ging in Deutschland mit einer gedämpften Entwicklung der privaten Konsumausgaben und mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss einher.

Tabelle

Nachfrageeffekte einer Erhöhung der Lohnquote um einen Prozentpunkt

In Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts

	1970	Durchschnitt	2005
Private Konsumausgaben	0,39	0,38	0,44
Private Investitionen	–	–	–
Netto-Exporte	–0,13	–0,17	–0,27
Gesamter Nachfrageeffekt	0,27	0,21	0,17

Anmerkung: Die angeführten Effekte sind partielle Effekte; der Gesamteffekt ist die private Überschussnachfrage.

Quelle: Stockhammer et al.: Globalization and the Effect of Functional Income Distribution on Demand in Germany. *Wirtschaftsuniversität Wien, Working Paper Nr. 114, 2007.*

DIW Berlin 2008

¹ Vgl. Klär, E., Slacalek, J.: Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 40/2006.

² Vgl. Bhaduri, A., Marglin, S.: Unemployment and the Real Wage: The Economic Basis for Contesting Political Ideologies. *Cambridge Journal of Economics*, 14, 1990, 375–393.

³ Für internationale Schätzungen ähnlicher Modelle für andere Länder vgl. Bowles, S., Boyer, R.: Wages, Aggregate Demand, and Employment in an Open Economy: an Empirical Investigation. Epstein, G., Gintis, H. (Hrsg.): *Macroeconomic Policy After the Conservative Era. Studies in Investment, Saving and Finance*. Cambridge 1995; Stockhammer, E., Onaran, O.: Accumulation, Distribution and Employment: A Structural VAR Approach to a Kaleckian Macro-model. *Structural Change and Economic Dynamics*, 15(4), 2004, 421–47.

⁴ Vgl. Chirinko, R.: Business Fixed Investment Spending: Modelling Strategies, Empirical Results and Policy Implications. *Journal of Economic Literature* 31, 1993, 1875–1911.

acht Prozent. Ein ähnlich starkes Wachstum konnte in der jüngeren Vergangenheit nur unmittelbar nach der Wiedervereinigung beobachtet werden.

Im Prognosezeitraum steigen die Investitionen in Ausrüstungen weiter, wenngleich in abgeschwächtem Tempo. So werden für 2008 und 2009 Wachstumsraten von jeweils knapp fünf Prozent erwartet. Grund für die Abschwächung der Investitionsdynamik ist die leichte Abkühlung der konjunkturellen Entwicklung, die die Erweiterung der Kapazitäten weniger dringlich erscheinen lässt. Allerdings bleibt die Investitionsbereitschaft bei den Unternehmen hoch. Dies spiegelt sich unter anderem in den aus dem Inland kommenden Auftragsengängen bei den Investitionsgüterproduzenten, die zuletzt wieder spürbar angezogen haben. Auch andere Indikatoren wie die Produktionserwartungen, die in den vergangenen Monaten wegen der Finanzkrise rückläufig waren, zeigen nun wieder nach oben. Dass die Investitionstätigkeit durch eine Verschärfung der Kreditvergabepaxis von Banken in nennenswertem Umfang beeinträchtigt wird, erwartet das DIW Berlin nicht.

Die Bauinvestitionen werden 2008 und 2009 ausgeweitet – allerdings mit geringerem Tempo als 2007. Damit einher geht ein weiterer, wenn auch abgeschwächter Anstieg der Baupreise, vor allem aufgrund von Lohnsteigerungen im Baugewerbe und der Erhöhung der Energiepreise, die die Produktion und den Transport von Baustoffen verteuern. Zulegen wird die Bautätigkeit für gewerbliche Auftraggeber. Wie die Baugenehmigungen zeigen, expandiert insbesondere der Bau neuer Fabriken und Werkstätten. In den übrigen und insgesamt gewichtigeren Teilen des Gewerbebaus nehmen die Investitionen ebenfalls zu, zumal die Dienstleistungssektoren mehr und mehr von der Konjunktur profitieren. Auch die Bauausgaben der öffentlichen Hand werden ausgeweitet, allerdings längst nicht so stark wie im vergangenen Jahr, als angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen insbesondere bei den Gemeinden die jahrelange Investitionszurückhaltung aufgegeben und aufgeschobene Baumaßnahmen zur Erneuerung der Infrastruktur in Angriff genommen wurden. Im Prognosezeitraum werden die öffentlichen Auftraggeber ihre Bauausgaben wegen schwächer steigender Einnahmen und – was die Gemeinden anbelangt – aufgrund von Unsicherheiten über die Folgen der Unternehmensteuerreform in deutlich geringerem Maße ausweiten.

Sehr schwach entwickelt sich dagegen der Wohnungsbau. Dies gilt insbesondere für den Bau neuer Wohnungen; die Baugenehmigungen sind dramatisch gesunken. Das liegt vor allem daran, dass sich noch immer der Abbau der Eigenheimzulage bemerkbar macht, der in den vorhergehenden Jahren

zu Vorzieheffekten führte. Dieser Effekt wird aber zunehmend schwächer werden. Zudem steigt das verfügbare Einkommen, so dass die Talfahrt beim Bau neuer Wohnungen gebremst wird. Günstiger sieht es bei Baumaßnahmen im Wohnungsbestand aus, auch weil es für Wohnungseigentümer steuerliche Anreize verschiedener Art gibt.

Anziehende Binnenkonjunktur und nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik lassen Überschüsse im Außenhandel schrumpfen

Der Außenhandel, der im Vorjahr noch die wichtigste Triebfeder des Wachstums war (Wachstumsbeitrag: 1,5 Prozentpunkte), wird 2008 leicht bremsend (Wachstumsbeitrag: –0,3 Prozentpunkte) und 2009 nahezu neutral wirken. Zwar expandieren die Exporte im laufenden Jahr mit einem Zuwachs von 7,8 Prozent noch recht kräftig, allerdings resultiert diese Zahl fast zur Hälfte aus einem statistischen Überhang. Im ersten Halbjahr 2008 zeigen sich die Folgen der weltwirtschaftlichen Eintrübung, die jedoch im weiteren Verlauf überwunden werden. Insbesondere sprechen die relativ günstige Entwicklung der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie das Produktportfolio der deutschen Exportwirtschaft dafür, dass die Weltmarktanteile gehalten werden können und sich das Exportwachstum 2009 mit einer Rate von sieben Prozent fortsetzt.

Die Beschleunigung des Importwachstums in diesem Jahr auf knapp zehn Prozent reflektiert vor allem die sich aus dem Anstieg des Euro-Außenwertes ergebenden relativen Preiseffekte sowie die kräftige Erholung der Binnennachfrage. Bei der Energierechnung, die nach den getroffenen Annahmen 2008 gegenüber dem Vorjahr um rund elf Milliarden Euro höher ausfallen wird, schlagen die Preiserhöhungen stark zu Buche. Im kommenden Jahr dürfte das Importwachstum dann bei knapp acht Prozent liegen.

Sinken der Lohnquote kommt zum Halt

Die Lohnentwicklung in Deutschland bleibt auch im dritten Jahr des Aufschwungs sehr moderat. Die Tariflöhne, die im vergangenen Jahr im Schnitt um rund zwei Prozent gestiegen sein dürften, werden 2008 etwas kräftiger zulegen. Nach mehrjähriger Lohnstagnation blicken zahlreiche Arbeitnehmer in diesem Jahr auf höhere Lohnzuwächse. Dagegen sehen die Abschlüsse im verarbeitenden Gewerbe, die im Jahr 2007 noch an erster Stelle für die gesamtwirtschaftliche Tariflohnerhöhung verantwortlich waren, im kommenden Jahr deutlich niedrigere Stufenerhöhungen vor. In der Summe geht das

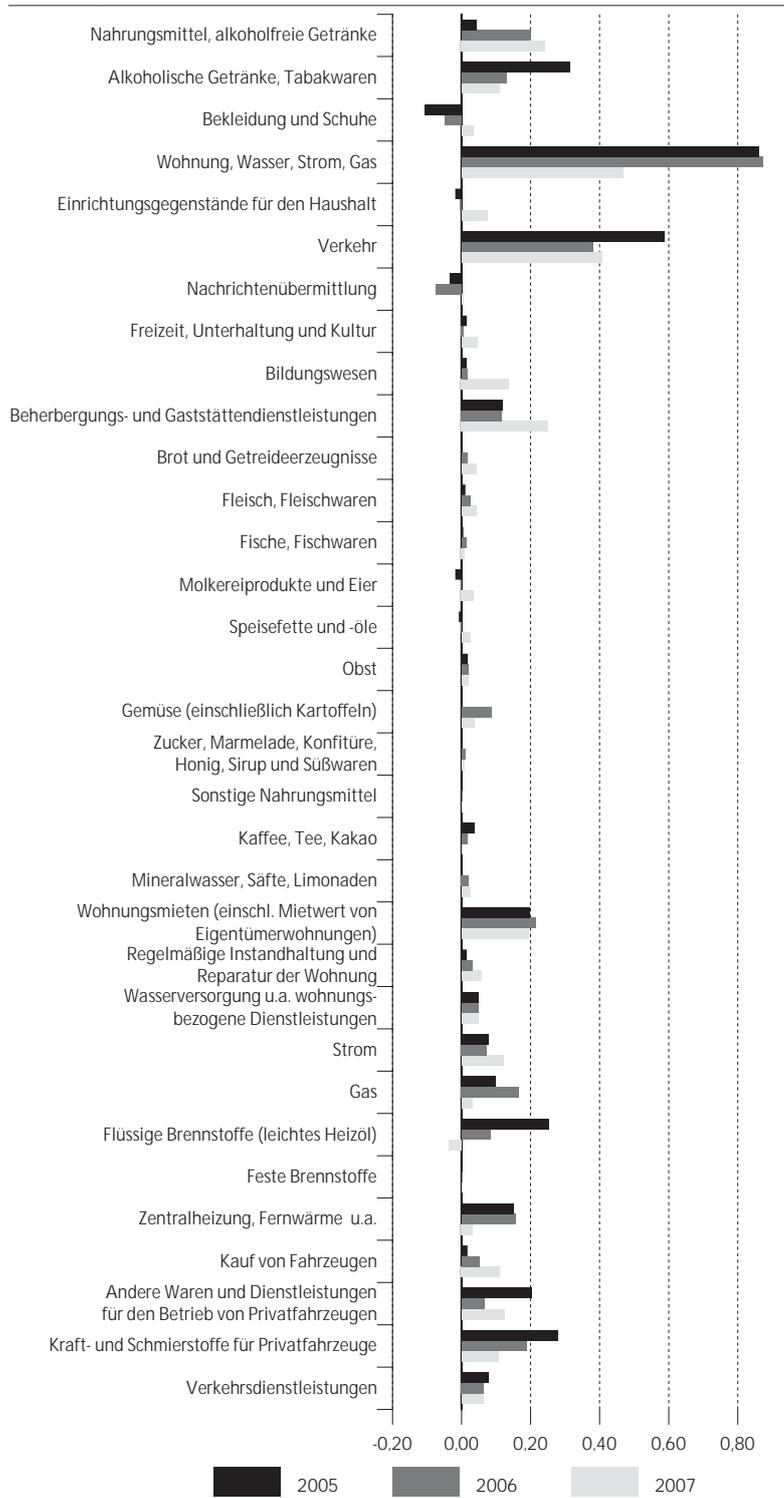
Kasten 5

Verbraucherpreisentwicklung in Deutschland

Abbildung 1

Beiträge ausgewählter Güter zum Gesamtanstieg des Verbraucherpreisindex

In Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im November 2007 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent gestiegen. Dieser höchste Anstieg in einem Monat seit 1994 hat Arbeitnehmervertreter und Währungshüter auf den Plan gerufen – erstere beklagen eine weitere Erosion der realen Lohneinkommen, während letztere die Preisstabilität in Euroland in Gefahr sehen. Kehrt die Inflation nach Westeuropa zurück?

Insgesamt kann Entwarnung gegeben werden: Zum einen überzeichnen die hohen Preissteigerungsraten Ende 2007 den Preisauftrieb – im Jahresvergleich dürften die Verbraucherpreise gegenüber 2006 lediglich um rund zwei Prozent zugelegt haben. Ein Großteil dieses Anstiegs ging zudem zurück auf die Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zu Jahresbeginn, die bis zu einem Prozentpunkt zum Anstieg der Verbraucherpreise beigetragen haben dürfte. Dieser Effekt spielt im laufenden Jahr keine Rolle mehr.

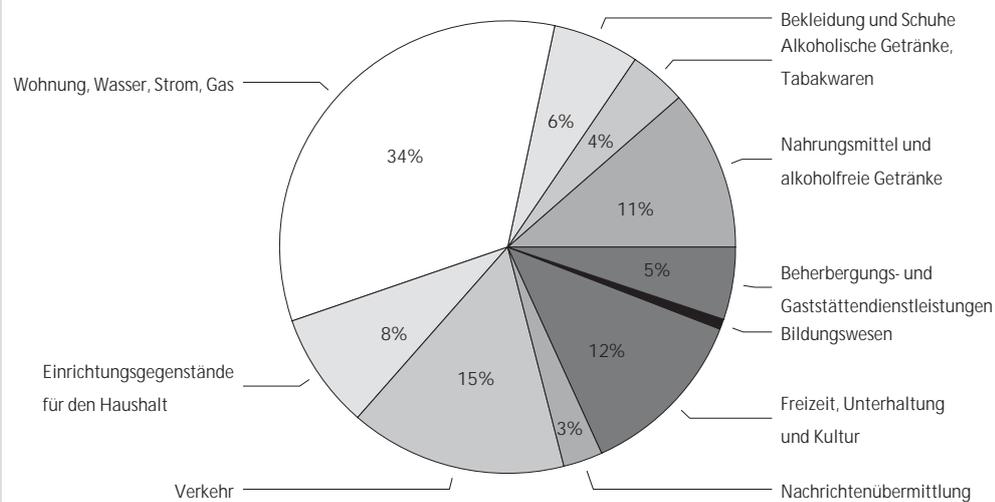
Im oberen Teil von Abbildung 1 sind die Beiträge der einzelnen Verbrauchskategorien zum Anstieg der Verbraucherpreise in den Jahren 2005 bis 2007 dargestellt. Die höchsten Beiträge zum insgesamt beobachteten Preisauftrieb lieferten 2007 Preissteigerungen in den Bereichen Nahrungsmittel, Verkehr (inklusive Kraftstoffe) sowie Wohnung, Wasser und Energie, die in den repräsentativen Warenkorb des Statistischen Bundesamtes mit relativ hohem Gewicht eingehen (Abbildung 2). Eine besonders starke Zunahme ist im Bildungsbereich zu verzeichnen, der mit rund 0,14 Prozentpunkten zum Gesamtpreinsniveaustieg beiträgt. Hierin spiegelt sich primär die Einführung von Studiengebühren in zahlreichen Bundesländern im vergangenen Jahr.

Im unteren Abschnitt von Abbildung 1 sind die drei großen Bereiche nach Unterkategorien aufgeschlüsselt. In dieser Betrachtung wird deutlich, dass im Nahrungsmittelbereich insbesondere Brot und Getreideprodukte, Fleisch, Speisefette und -öle sowie Molkereiprodukte und Eier stärkere Preissteigerungen erfahren haben, wohingegen etwa der Anstieg der Obst- und Gemüsepreise im Vergleich zum Vorjahr moderat ausgefallen ist. Der Blick auf den Wohnungs- und Energiebereich zeigt, dass insbesondere bei den Strompreisen die Steigerungsraten des Vorjahres noch übertroffen wurden. In den übrigen Kategorien wurden die hohen Zuwachsraten der beiden Vorjahre kaum mehr erreicht. Auch im Bereich Verkehr fällt auf, dass etwa die Benzinpreissteigerungen 2007 zwar zu einem neuen absoluten Höchststand geführt haben, die Zuwachsraten aber in den Vorjahren deutlich höher lagen. Preistreibend

Abbildung 2

Der Warenkorb des Statistischen Bundesamtes

Zusammensetzung in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

wirkten 2007 dagegen vor allem gestiegene Fahrzeugpreise sowie sonstige Waren und Dienstleistungen rund um den Fahrzeugbetrieb.

Insgesamt sind für die Einschätzung der Preisentwicklung im Prognosezeitraum insbesondere zwei Aspekte zu berücksichtigen: Zum ersten macht die weiter starke weltwirtschaftliche Nachfrage – insbesondere in den Bereichen Energie und Nahrungsmittel – ein kurzfristiges Wiederabsinken der Preisniveaus bei diesen Gütern unwahrscheinlich. Allerdings sind weitere starke Preiserhöhungen dann nicht zu erwarten, wenn die bereits erfolgten Preissteigerungen wie erwartet zu einer Ausdehnung der Produktion in jenen Bereichen führen.¹

¹ Mit Blick auf die jüngste Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln ist auch zu berücksichtigen, dass im vergangenen Jahr der Preisanstieg an den Weltmärkten stark mit schwachen Ernten zusammenhing, die als singuläres Ereignis einzustufen sind. Bei der Ölpreisentwicklung ist deutlich, dass auch die erdölfördernden Nationen an dauerhaft sehr hohen Ölpreisen kein Interesse haben, da durch sie Investitionen in alternative Energien lukrativer werden.

Zum zweiten fallen im laufenden Jahr einmalige Effekte auf das Preisniveau im Jahr 2007 weg: Dies betrifft vor allem die Effekte der Mehrwertsteuererhöhung, aber auch den Anstieg im Bildungsbereich durch die erstmalige Einführung von Studiengebühren.

Vor diesem Hintergrund erwartet das DIW Berlin für das laufende Jahr tendenziell einen leichten Rückgang der Inflation in Deutschland. Der Verbraucherpreisindex wird voraussichtlich im Durchschnitt um weniger als zwei Prozent zulegen. Die „gefühlte Inflation“, die sich aufgrund der höheren Frequenz der Einkäufe von Waren einstellt, bei denen die Preissteigerungsraten zuletzt überdurchschnittlich waren (etwa Nahrungsmittel, Benzin), dürfte ebenfalls wieder zurückgehen.

DIW Berlin für 2008 von Tariflohnsteigerungen von 2,4 Prozent aus, wobei angenommen ist, dass die laufenden Tarifverhandlungen im Einzelhandel und im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen, von denen rund 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen sind, zu Lohnsteigerungen im Bereich von reichlich zwei Prozent führen werden.

Die Lohndrift, die Differenz zwischen effektiver und tariflicher Lohnentwicklung, dürfte in diesem und im nächsten Jahr positiv sein, insbesondere,

weil in Branchen, in denen sich bereits ein Mangel an qualifizierten Fachkräften bemerkbar macht, vermehrt übertarifliche Leistungen gezahlt werden. Die Effektivlöhne werden mit rund zweieinhalb Prozent zum ersten Mal seit Jahren stärker steigen als die Lebenshaltungskosten. Vom Produktivitätsfortschritt von jeweils rund eineinhalb Prozent in den Jahren 2008 und 2009 profitieren Arbeitnehmer und Kapitaleigner dabei etwa entsprechend ihrer bisherigen Einkommensanteile. Damit wird sich die seit Jahren sinkende Lohnquote zum Ende des Pro-

gnosezeitraums stabilisieren. Hiervon ist tendenziell ein positiver Nettoeffekt für die Binnennachfrage zu erwarten (Kasten 4).

Aufgrund des fortgesetzten Beschäftigungsaufbaus wird die Bruttolohn- und -gehaltssumme 2008 – wie bereits im Vorjahr – stärker zulegen als die Pro-Kopf-Löhne. Hinzu kommt die Entlastung der Arbeitnehmer durch die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung. Die Zahlungen an Transferbezieher werden hingegen nur schwach wachsen. Die verfügbaren Einkommen steigen in der Summe 2008 um 2,7 Prozent und 2009 um 2,4 Prozent. Die Erhöhung der Verbraucherpreise wird nach 2,1 Prozent im vergangenen in diesem Jahr bei etwa 1,8 Prozent liegen und im Prognosezeitraum weiter bis auf 1,5 Prozent zurückgehen. Neben den – nicht zuletzt infolge der Euroaufwertung – weitgehend stabilen Importpreisen spielen hier auch die weiterhin nur sehr mäßig steigenden Lohnstückkosten eine Rolle (Kasten 5).

Aufschwung am Arbeitsmarkt hält an

Der Beschäftigungsaufbau hat sich bis zuletzt unvermindert fortgesetzt. Entsprechend sanken die Arbeitslosenzahlen – und zwar stärker als die Beschäftigung zunahm.² Dabei spielt auch eine Rolle, dass vermehrt Arbeitslose wegen körperlicher Arbeitsunfähigkeit oder fehlender Verfügbarkeit aus der Statistik ausgeschieden sind.³ Offensichtlich prüfen die Arbeitsagenturen stärker als früher, ob ein Arbeitsloser tatsächlich für einen Job zur Verfügung steht. Dies fällt ihnen in der Zeit eines kräftigen Beschäftigungswachstums allerdings auch leichter als bei einer schwachen Konjunktur.

Besonders stark hat die Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe expandiert, vor allem im Gesundheitsbereich und bei den Dienstleistungen für Unternehmen. Zu letzteren gehören auch die Zeitarbeitsfirmen, die ihr Personal aufstocken und es bei Unternehmen anderer Wirtschaftszweige – auch dem Verarbeitenden Gewerbe – einsetzen. Inzwischen gehen aber die Betriebe in diesem Wirtschaftsbereich mehr und mehr dazu über, eigenes Personal einzustellen. Die gute Konjunkturentwicklung ließ auch die Beschäftigung im Verkehrsgewerbe

² Neben den Registerdaten, die die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht, weist das Statistische Bundesamt Zahlen über die Erwerbslosen nach dem Konzept der International Labour Organisation aus. Diese Zahlen beruhen auf Umfragen. Sie sind gegenwärtig für die Konjunkturbeobachtung wenig brauchbar, weil sich die Erhebungsmethode und Hochrechnungsverfahren der Umfragedaten verändert haben.

³ Die Informationen zum Abgang aus Arbeitslosigkeit sind derzeit unbefriedigend, weil sich die interne Erfassung durch die Arbeitsagenturen verändert hat. Die vorliegenden Daten lassen aber erkennen, dass vermehrt Arbeitslose wegen fehlender Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt sowie Arbeitsunfähigkeit aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen worden sind.

be wachsen. Wenig voran ging es dagegen bisher mit der Zahl der Erwerbstätigen im Handel, was daran lag, dass der private Konsum sich nur zögerlich belebte. Die Beschäftigung im Staatssektor war dagegen weiterhin rückläufig. Auch bei Banken und Versicherungen ist der Trend nach unten gerichtet. Insgesamt sind für die steigende Erwerbstätigkeit Zuwächse bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und bei Selbständigen bestimmend. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten expandierte dagegen nur wenig.

Für dieses Jahr ist mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau – vor allem in den konsumnahen Wirtschaftszweigen – zu rechnen. Weil dort die Arbeitsproduktivität vergleichsweise gering ist, wird sich das schwächere Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts nicht in einem entsprechend verminderten Beschäftigungsaufbau niederschlagen. Im Jahr 2008 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 Prozent zunehmen. Im nächsten Jahr, in dem das gesamtwirtschaftliche Wachstum noch mehr von der Konsumnachfrage getragen wird, werden es weitere 0,2 Prozent sein.

Öffentliche Haushalte kratzten nur am Plus

Im vergangenen Jahr war der Haushalt der Gebietskörperschaften und der ebenfalls zum Staatssektor zählenden Sozialversicherungen in der Summe erstmals nach langer Zeit wieder ausgeglichen.⁴ Während die Sozialversicherungen mit 8,8 Milliarden Euro im Plus waren, wiesen Bund, Länder und Gemeinden zusammen noch ein leichtes Defizit (7,1 Milliarden Euro) auf – was darauf zurückzuführen ist, dass der Bund noch rote Zahlen schrieb.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfolgte durch ein starkes Einnahmewachstum, dem lediglich ein geringer Ausgabenanstieg gegenüberstand. Vor allem sprudelten die Steuern auf Unternehmensgewinne kräftig, und die Lohnsteuern nahmen ebenfalls deutlich zu – wegen der günstigen Beschäftigungsentwicklung. Deshalb kam es auf der Ausgabenseite zu einem Rückgang der monetären Sozialleistungen. Die Gebietskörperschaften – insbesondere die Gemeinden – nutzten die neuen Spielräume für eine Ausweitung ihrer Investitionen.

Für 2008 muss allerdings mit einem leichten Defizit des Staatshaushaltes gerechnet werden. Die Ausgaben dürften trotz günstiger Konjunktur etwas stärker wachsen als die Einnahmen. Das liegt an Einnahmeausfällen

⁴ Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich bei allen Größen einschließlich der sich auf Steuereinnahmen beziehenden Angaben um die Abgrenzung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese unterscheidet sich prinzipiell von der kassenmäßigen Ausweisung dadurch, dass alle Zahlungsströme periodengerecht zum Zeitpunkt ihrer Entstehung verbucht werden.

len aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen. So wird Anfang 2008 die Unternehmensteuerreform wirksam. Hinzu kommt die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, was die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit deutlich verringern wird. Steuerermehreinnahmen ergeben sich hingegen aus der sogenannten „Reichensteuer“ – also vom Zuschlag von 3 Prozentpunkten auf den Einkommensteuersatz besonders gut Verdienender. Etwas angehoben wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung.

Bei den Staatsausgaben schlagen 2008 erstmals seit langem deutliche Zuwächse bei den Arbeitnehmerentgelten zu Buche; hierauf deuten die bisherigen Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst hin. Wegen des gestiegenen Zinsniveaus wird die Zinsbelastung um knapp 6 Prozent zunehmen. Die monetären Sozialleistungen ziehen trotz zunehmender Beschäftigung leicht an, weil es zu geringfügigen Rentenerhöhungen kommt⁵ und die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere

⁵ Der Lohnanstieg des Jahres 2007 ergäbe nach Rentenanpassungsformel zusammen mit dem Nachhaltigkeitsfaktor eine Rentenanpassung von 2,2 Prozent im Jahr 2008, die jedoch von der Anhebung des Altersvorsorgeanteils sowie des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.2007 auf 1,0 Prozent verringert wird. Auch im Jahr 2009 wirken hier die gleichen Kräfte.

Arbeitnehmer verlängert wird. Die Investitionen des Staates werden trotz des hohen Investitionsbedarfs in diesem wie im nächsten Jahr nur moderat – und somit weniger stark als im Vorjahr – steigen. Das hängt mit geringeren Steuereinnahmen sowie mit Unsicherheiten – insbesondere bei den Gemeinden – hinsichtlich der Folgen der Unternehmensteuerreform zusammen.

Im Jahr 2009 werden die öffentlichen Haushalte wieder leicht im Plus sein. Während die Sozialversicherungen insgesamt einen Überschuss von 6 Milliarden Euro erzielen, wird der Haushalt der Gebietskörperschaften nahezu ausgeglichen sein.

Die Einnahmen werden mit zwei Prozent moderat steigen, während der Ausgabenanstieg auf 1,4 Prozent zurückgeht. Zwar macht sich die Unternehmensteuerreform weiterhin auf der Einnahmeseite bemerkbar, allerdings werden konjunkturbedingt die gewinnabhängigen Steuerzuflüsse wachsen. Die Sozialbeiträge dürften – sofern keine weiteren Beitragssenkungen erfolgen – wieder mit der Brutto-lohn- und -gehaltsumme steigen. Auf der Ausgaben-seite dürften die Lohnanhebungen im Öffentlichen Dienst weiterhin unter der Verdeenstentwicklung im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bleiben.

Zur Wirtschaftspolitik

Bereits zu Beginn des vergangenen Jahres war eine Grundtendenz für die wirtschaftliche Entwicklung 2007 klar erkennbar: ein stärkerer Preisauftrieb und ein solides, aber doch gedämpftes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Zum vorhersehbaren Preisanstieg aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung kamen unerwartet starke weltweite Preiserhöhungen bei Energie und Nahrungsmitteln. Hinzu kam, dass die internationale Finanzkrise das Wachstum in den USA geschwächt, auf Europa übergegriffen und die Korrektur des Dollar-Euro-Wechselkurses beschleunigt hat.

Diese Entwicklungen stellen die Wirtschaftspolitik vor besondere Herausforderungen. Die vorliegende Prognose zeigt, dass bei unveränderter Geldpolitik im Euroraum die Preisentwicklung in den kommenden Jahren auf die von der EZB noch tolerierte Schwelle von zwei Prozent sinken wird. Dadurch gewinnt die Geldpolitik den notwendigen zusätzlichen Spielraum, um einer weiteren Euro-Aufwertung entgegenzuwirken, insbesondere wenn – wie allgemein erwartet – die US-Notenbank noch zusätzliche Zinssenkungen vornimmt.

Die Finanzpolitik war 2007 erfolgreich in ihrem Konsolidierungsbestreben. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, nicht nur einen ausgeglichenen Gesamthaushalt des Staates zu erreichen, sondern bei guter Konjunktur sogar einen deutlichen Überschuss zu erzielen.

Geldpolitik: Zinserhöhungen im Euroraum stehen nicht mehr auf der Tagesordnung

Die Inflationsrate erreichte im vergangenen November im Euroraum drei Prozent und liegt somit weit über der Zielgrenze der EZB von zwei Prozent. Die Ursachen des raschen Anstiegs der Preise sind vor allem exogen: die in Deutschland erfolgte Erhöhung der Mehrwertsteuer, die schon seit längerer Zeit stark steigenden Energiepreise und die seit Sommer 2007 kräftige Verteuerung einiger Nahrungsmittel. Die Preiserhöhungen für Energieprodukte und Lebensmittel wurden nur in geringem Maße von Angebot und Nachfrage in Europa beeinflusst. Vielmehr trägt das kräftige Wachstum in Schwellenländern zu einer weltweit gestärkten Nachfrage bei. Bei den Nahrungsmitteln hat eine Reihe von Faktoren wie schwache Ernten in drei Erdteilen, die Agrarpolitik in Europa und die Anreize für die Verwendung von Agrarprodukten für die Gewinnung von Bio-Energie zu einem geringeren Angebot beziehungsweise erhöhter Nachfrage beigetragen. Einige dieser Faktoren sind temporär (schwache Ernten), andere korrigierbar (Agrarpolitik). Das starke Nachfragewachstum in den Schwellenländern hingegen ist nachhaltiger Natur. Es

ist daher zu erwarten, dass Nahrungsmittelpreise dem Trend nach steigen werden.

Insgesamt ist der Ausblick für die Preisentwicklung jedoch nicht beunruhigend: Die Energie- und Lebensmittelpreise werden 2008 mit großer Wahrscheinlichkeit nicht so stark zunehmen wie im vergangenen Jahr, und die Mehrwertsteuererhöhung hat sich bereits 2007 vollständig ausgewirkt. Durch die starke Aufwertung des Euro wird auch der Auftrieb bei den Importpreisen 2008 deutlich gedämpft. Die Löhne werden zwar etwas kräftiger anziehen, stellen aber kein Risiko für eine stabilitätskonforme Preisentwicklung in den Jahren 2008 und 2009 dar.

Daher besteht im Euroraum kein Anlass für eine geldpolitische Verschärfung, und die Aufgabe der EZB ist im Vergleich zu der der amerikanischen Notenbank wesentlich einfacher. Eine Zinserhöhung könnte die EZB nur begründen, wenn sie die hier vorliegende Einschätzung einer künftig moderaten Preisentwicklung nicht teilte. Wenn sie zum Beispiel von einer Inflationsrate von drei Prozent und einem realen Wachstum von 2,5 Prozent im Jahr 2008 ausginge, ergäbe sich bei einer – naiven – Anwendung der Taylor-Regel mit gleich gewichteten Wachstums- und Inflationszielen, einem Potentialwachstum im Euroraum von zwei Prozent und einem Inflationsziel von ebenfalls zwei Prozent ein Zinssatz von 4,75 Prozent, der deutlich über dem gegenwärtigen Leitzins läge. Mit der hier erwarteten Inflationsrate im Euroraum von annähernd zwei Prozent für 2008 wäre aber höchstens eine Erhöhung um einen Viertelprozentpunkt zu vertreten.

Die pragmatische Frage, die sich die EZB stellt, ist, ob sie gegenwärtig angesichts der globalen und damit exogenen Einflüsse auf die Preisentwicklung im Euroraum ihr Augenmerk vorwiegend auf die Entwicklung des standardisierten Verbraucherpreisindex oder nicht stärker auf die Kerninflation richten sollte. Nun trifft es zwar zu, dass zur Geldentwertung der gesamte Preisauftrieb beiträgt und dass die Erwartungen an der Gesamtinflation orientieren. Gleichwohl ist auch richtig, dass eine restriktive Geldpolitik nur die europäischen Preise beeinflussen kann. Eine Orientierung an der Kerninflation würde die gegenwärtigen Inflationsängste mindern und eher eine Zinslockerung als eine Zinsanhebung rechtfertigen. Sie hätte den zusätzlichen Vorteil, ein klares Signal an die Tarifparteien zu senden, dass es in ihrem eigenen Interesse nicht sinnvoll ist, einen vollen Ausgleich des Kaufkraftverlusts einzufordern.

In ein Dilemma gerät die EZB bei jeder Zinssenkung in den USA. Weitere Zinsschritte der Federal Reserve

sind wahrscheinlich, da sie zu erkennen gegeben hat, dass sie eine Glättung der konjunkturellen Entwicklung derzeit für vordringlich hält. In einer solchen Situation wäre die EZB gut beraten, nicht auf der gegenwärtigen Position zu verharren. Vielmehr sollte sie in diesem Fall die Zinsen ebenfalls senken, um der Euro-Aufwertung entgegenzuwirken.

Für einige Marktbeobachter überraschend waren die schnellen und resoluten Geldmarktinterventionen der EZB seit August 2007. Die Federal Reserve ist bekannt für ihre Marktexpertise. Bei jeder Gefahr einer Liquiditätskrise, der Achillesferse moderner Kapitalmärkte, war sie in der Lage, durch ihre umgehenden Interventionen gravierendere Turbulenzen zu vermeiden. In der gegenwärtigen Krise hat die EZB ihre Prüfung mit ‚sehr gut‘ bestanden.

Finanzpolitik: Konsolidierung nicht schneller Abgabensenkung opfern

Generell sollte die Finanzpolitik im Aufschwung Budgetüberschüsse realisieren und Rücklagen bilden beziehungsweise Schulden abbauen, um im Abschwung – wenn automatisch die Einnahmen sinken und die Sozialausgaben steigen – Luft für den Aufbau von temporären Defiziten zu haben. Im derzeitigen Aufschwung wird die Finanzpolitik diesem Anspruch nicht ganz gerecht. Gegenwärtig besteht die Gefahr, dass die im vergangenen Abschwung errungenen Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite nunmehr dazu verleiten, Abgabentlastungen ohne hinreichende Gegenfinanzierungen durchzusetzen und damit das Budget lediglich an der Nulllinie zu orientieren. Besser wäre es, die Konsolidierungsanstrengungen – insbesondere was den Subventionsabbau angeht – weiter zu verstärken. Besonders problematisch ist, dass die Abgabensätze zur Sozialversicherung so stark gesenkt wurden, dass die Bundesagentur für Arbeit nur in einer Phase kräftigen Aufschwungs keine Defizite realisieren wird. Zudem ist fraglich, ob die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei den Unternehmensteuern tatsächlich realisiert werden kann und sich das Steueraufkommen mittelfristig wieder erholt.

Arbeitsmarktpolitik: Zuwanderung erleichtern

Der von den Unternehmen zunehmend beklagte Mangel an Fachkräften könnte zu einer Bremse des Wirtschaftswachstums in Deutschland werden.⁶ Zwei Ursachen stehen dabei im Vordergrund: eine

unzureichende betriebliche Erstausbildung in der Vergangenheit und ein zu geringes Interesse junger Menschen, ein technisches Fach zu studieren. Zudem wurde der Zugang ausländischer Arbeitnehmer zum deutschen Arbeitsmarkt zu sehr eingeschränkt.

Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation, sowohl seitens des Staates als auch der Unternehmen, können nur mittelfristig wirksam werden. Zügigere Abhilfe versprechen die schnellere Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für Arbeitnehmer aus den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern der EU⁷ sowie die BlueCard-Initiative der Europäischen Kommission zur Erleichterung des Zuzugs außereuropäischer Fachkräfte, die das DIW Berlin ausdrücklich unterstützt.⁸ Der wirksamste Mechanismus ist freilich marktendogener Natur: Mit zunehmendem Mangel an qualifizierten Fachkräften dürften die Löhne in den betroffenen Bereichen überdurchschnittlich stark zulegen.

Im Lichte des zunehmenden Fachkräftemangels sollte sich allerdings gleichzeitig die Debatte um die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose entschärfen. Die überdurchschnittlich gute Entwicklung der Beschäftigung bei Älteren reflektiert offenkundig nicht zuletzt die zunehmende Bemühung der Unternehmen um Arbeitnehmer mit langjähriger Berufserfahrung.⁹ Hinzu kommt, dass die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung durch die Hartz-Reformen gestärkt wurden.

Das DIW Berlin geht in der vorliegenden Prognose davon aus, dass sich das Erwerbspersonenpotential in den Jahren 2008 und 2009 leicht erhöht. Die vornehmliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es daher in der momentanen Situation nicht, die bisherigen Arbeitsmarktreformen zu konterkarieren, sondern durch Stärkung der Kräfte des wirtschaftlichen Aufschwungs mit dazu beizutragen, dass für Erwerbssuchende tatsächlich Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.¹⁰

⁷ Die Bundesregierung hat unlängst beschlossen, in speziellen Berufsfeldern den Zugang osteuropäischer Ingenieure zu erleichtern. Diese Liberalisierung ist jedoch bei weitem nicht hinreichend.

⁸ Vgl. die Stellungnahme des Präsidenten des DIW Berlin vom 7. Dezember 2007, diw.de/deutsch/stellungnahme_blue_card_07_12_2007/76818.html.

⁹ Laut Bundesagentur für Arbeit steigt die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer in Deutschland bereits seit 2004 überdurchschnittlich stark an, vgl. Bundesagentur für Arbeit: Situation von Älteren am Arbeitsmarkt, Oktober 2007, 4 ff. Die Neuregelung zur Verkürzung der Zahlung von Arbeitslosengeld I für ältere Beschäftigte hingegen ist erst am 1. Februar 2006 in Kraft getreten, kann also nur sehr bedingt zur Erklärung dieser Entwicklung herangezogen werden.

¹⁰ Ein aktuelles Gutachten der Prognos AG für das Bundeswirtschaftsministerium kommt zu dem Schluss, dass hierbei mittelfristig vor allem Gütermarktreformen vielversprechend sind, wohingegen ein signifikant positiver Beschäftigungseffekt von Arbeitsmarktreformen in einer umfassenden Vergleichsstudie nicht bestätigt werden konnte. Vgl. Prognos AG, BAK Basel und IAW Tübingen: Makroökonomische Flankierung struktureller Reformen im Rahmen der Lissabon-Strategie, www.prognos.com/data/dl/news/1196416168.pdf.

⁶ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur: Weltwirtschaftliche Expansion nur leicht gedämpft: Rezession nicht wahrscheinlich. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 42/2007, 613.

JEL Classification:
E32, E66, F01

JEL Classification:
Economic outlook,
Business cycle forecasts,
Consumption,
Foreign trade

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,6	1,6	0,5	0,2	1,8	1,4	0,7	0,3	0,3	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	0,4	-1,0	0,0	0,7	0,1	-1,0	-1,0	1,4	-1,4
Arbeitstage	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-0,5	-0,8	0,8	1,4	-1,9	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,4	0,6	0,2	2,0	0,8	0,5	0,6	-0,3	0,6
Produktivität ¹	2,4	1,0	1,5	1,4	0,8	1,3	1,6	1,4	1,4	1,6
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,1	1,7	2,9	2,2	2,2	2,0	1,1	2,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1783,4	1817,9	1878,7	1919,2	880,6	937,3	914,1	964,6	932,1	987,1
Private Haushalte ²	1357,5	1382,3	1433,8	1467,6	669,7	712,6	698,5	735,3	712,8	754,7
Staat	425,9	435,6	444,9	451,6	210,9	224,7	215,6	229,3	219,2	232,4
Anlageinvestitionen	417,1	449,8	463,9	474,7	214,3	235,6	220,1	243,8	222,3	252,5
Ausrüstungen	173,7	185,8	191,1	196,5	88,8	97,0	90,9	100,2	92,1	104,4
Bauten	217,2	237,3	245,8	250,8	112,7	124,7	116,2	129,7	116,9	133,9
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	26,7	27,0	27,4	12,8	13,9	13,1	13,9	13,2	14,2
Vorratsveränderung ³	-4,7	-9,9	-3,0	-1,1	5,6	-15,5	1,6	-4,6	4,3	-5,4
Inländische Verwendung	2195,8	2257,8	2339,6	2392,8	1100,5	1157,3	1135,8	1203,8	1158,6	1234,2
Außenbeitrag	126,4	166,6	159,6	152,4	83,9	82,6	92,0	67,6	84,2	68,2
Exporte	1046,5	1139,8	1232,5	1314,0	554,0	585,8	603,3	629,2	637,7	676,3
Importe	920,1	973,2	1072,9	1161,6	470,1	503,2	511,3	561,5	553,5	608,1
Bruttoinlandsprodukt	2322,2	2424,4	2499,2	2545,2	1184,4	1240,0	1227,8	1271,5	1242,8	1302,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,0	1,9	3,3	2,2	1,7	2,2	3,8	2,9	2,0	2,3
Private Haushalte ²	2,3	1,8	3,7	2,4	1,3	2,3	4,3	3,2	2,1	2,6
Staat	1,0	2,3	2,1	1,5	2,8	1,8	2,2	2,0	1,7	1,3
Anlageinvestitionen	6,7	7,8	3,1	2,3	10,8	5,3	2,7	3,5	1,0	3,6
Ausrüstungen	7,1	7,0	2,9	2,8	8,1	5,9	2,4	3,3	1,4	4,2
Bauten	6,8	9,3	3,6	2,0	14,1	5,3	3,1	4,0	0,6	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	1,8	1,0	1,6	1,9	1,6	2,2	0,0	1,3	1,8
Inländische Verwendung	3,0	2,8	3,6	2,3	2,9	2,8	3,2	4,0	2,0	2,5
Exporte	14,0	8,9	8,1	6,6	10,2	7,7	8,9	7,4	5,7	7,5
Importe	14,3	5,8	10,2	8,3	6,3	5,3	8,8	11,6	8,3	8,3
Bruttoinlandsprodukt	3,5	4,4	3,1	1,8	4,8	4,0	3,7	2,5	1,2	2,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1642,9	1647,8	1679,4	1700,7	805,2	842,5	821,7	857,7	830,7	869,9
Private Haushalte ²	1242,1	1240,2	1265,8	1282,2	604,3	635,9	617,6	648,1	624,1	658,2
Staat	400,7	407,7	413,6	418,4	201,0	206,6	204,1	209,5	206,7	211,6
Anlageinvestitionen	427,2	449,0	465,4	479,3	213,6	235,3	220,1	245,3	224,1	255,2
Ausrüstungen	191,2	206,0	216,0	226,1	97,9	108,1	101,9	114,1	105,6	120,5
Bauten	207,8	213,9	218,9	221,9	102,1	111,8	103,6	115,3	103,6	118,3
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	31,6	33,9	36,0	14,8	16,8	16,1	17,8	17,2	18,9
Inländische Verwendung	2054,4	2076,0	2129,5	2165,5	1021,1	1054,9	1040,2	1089,3	1055,8	1109,7
Exporte	1038,5	1124,4	1211,5	1296,5	547,6	576,8	592,7	618,8	629,1	667,4
Importe	910,9	961,5	1055,4	1138,6	466,4	495,1	505,6	549,8	545,6	593,1
Bruttoinlandsprodukt	2183,0	2238,0	2285,6	2323,5	1101,9	1136,2	1126,5	1159,0	1138,9	1184,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	0,3	1,9	1,3	0,3	0,3	2,0	1,8	1,1	1,4
Private Haushalte ²	1,0	-0,2	2,1	1,3	-0,3	0,0	2,2	1,9	1,0	1,5
Staat	0,9	1,7	1,5	1,2	2,3	1,2	1,5	1,4	1,3	1,0
Anlageinvestitionen	6,1	5,1	3,7	3,0	7,5	3,0	3,0	4,2	1,8	4,0
Ausrüstungen	8,3	7,8	4,8	4,7	9,0	6,7	4,1	5,5	3,6	5,6
Bauten	4,3	2,9	2,3	1,4	6,7	-0,3	1,5	3,1	0,0	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	5,1	7,2	6,3	4,6	5,6	8,7	5,9	6,4	6,2
Inländische Verwendung	1,9	1,1	2,6	1,7	1,3	0,8	1,9	3,3	1,5	1,9
Exporte	12,5	8,3	7,7	7,0	9,6	7,0	8,2	7,3	6,1	7,9
Importe	11,2	5,6	9,8	7,9	6,6	4,6	8,4	11,0	7,9	7,9
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,1	1,7	2,9	2,2	2,2	2,0	1,1	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,4	2,0	1,6	1,0	1,6	2,3	2,1	1,2	1,0	1,1
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,5	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,4	0,3
Anlageinvestitionen	0,6	2,6	-0,5	-0,7	3,0	2,3	-0,3	-0,7	-0,9	-0,5
Ausrüstungen	-1,1	-0,8	-1,9	-1,8	-0,8	-0,7	-1,7	-2,1	-2,2	-1,4
Bauten	2,4	6,2	1,2	0,7	6,9	5,6	1,6	0,9	0,7	0,7
Exporte	1,3	0,6	0,4	-0,4	0,5	0,6	0,6	0,1	-0,4	-0,3
Importe	2,8	0,2	0,4	0,4	-0,3	0,7	0,3	0,5	0,3	0,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,8	0,9	0,2	1,9	1,8	1,4	0,5	0,1	0,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Mrd. Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 708,4	1 765,4	1 814,4	1 856,4	863,4	900,7	888,4	926,0	908,6	947,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,4	225,6	226,9	230,4	108,8	116,6	109,4	117,5	111,1	119,3
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	957,8	986,9	1 010,5	453,6	504,7	467,9	519,3	479,5	531,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	581,4	600,6	615,5	301,2	279,4	311,2	289,2	318,1	297,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	335,5	356,4	358,3	151,1	185,7	167,1	189,3	160,9	197,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 004,9	2 100,8	2 170,8	2 214,7	1 014,4	1 086,4	1 055,5	1 115,3	1 069,6	1 145,1
Abschreibungen	339,5	345,5	350,7	355,1	172,8	172,7	175,6	175,1	177,9	177,2
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	2 446,4	2 521,5	2 569,8	1 187,2	1 259,1	1 231,1	1 290,4	1 247,4	1 322,3
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 751,2	1 820,1	1 884,9	1 921,3	874,4	944,6	915,9	969,1	926,5	994,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	636,1	671,1	680,5	312,0	323,3	338,6	332,3	335,9	344,3
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 184,0	1 213,8	1 240,9	562,5	621,3	577,3	636,8	590,6	650,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,3	2,8	2,3	3,6	3,0	2,9	2,8	2,3	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	1,0	0,6	1,5	1,1	0,7	0,5	0,8	1,6	1,5
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,4	3,0	2,4	3,6	3,4	3,1	2,9	2,5	2,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	4,0	3,3	2,5	4,6	3,1	3,3	3,5	2,2	2,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	13,1	6,2	0,5	13,9	13,4	10,6	1,9	-3,7	4,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	4,8	3,3	2,0	5,0	4,6	4,1	2,7	1,3	2,7
Abschreibungen	1,2	1,8	1,5	1,3	1,8	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2
Bruttonationaleinkommen	3,5	4,4	3,1	1,9	4,5	4,2	3,7	2,5	1,3	2,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	3,6	3,9	3,6	1,9	3,9	3,8	4,7	2,6	1,2	2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	5,7	5,5	1,4	5,4	5,7	8,5	2,8	-0,8	3,6
Arbeitnehmerentgelt	1,7	3,0	2,5	2,2	3,1	2,9	2,6	2,5	2,3	2,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Mrd. Euro										
Masseneinkommen	984,6	1 000,2	1 028,1	1 045,4	480,6	519,2	495,4	533,1	503,7	542,0
Nettolohn- und -gehälter	605,4	624,8	644,6	657,0	292,9	332,1	303,6	341,3	309,9	347,4
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,8	458,4	463,6	226,3	224,5	229,2	229,2	231,4	232,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	79,7	75,4	74,9	75,2	38,0	37,4	37,5	37,4	37,6	37,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	581,4	600,6	615,5	301,2	279,4	311,2	289,2	318,1	297,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-49,9	-56,2	-62,0	-56,5	-28,8	-27,4	-30,0	-32,0	-27,6	-28,9
Verfügbares Einkommen	1 493,7	1 525,4	1 566,8	1 604,4	753,1	771,1	776,5	790,3	794,1	810,2
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,8	26,7	28,6	11,8	13,0	12,8	14,0	13,7	14,9
Konsumausgaben	1 357,5	1 382,3	1 433,8	1 467,6	669,7	712,6	698,5	735,3	712,8	754,7
Sparen	158,4	167,8	159,7	165,4	95,2	71,5	90,8	68,9	95,0	70,4
Sparquote in % ⁷	10,5	10,8	10,0	10,1	12,4	9,1	11,5	8,6	11,8	8,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	0,3	1,6	2,8	1,7	1,1	2,0	3,1	2,7	1,7	1,7
Nettolohn- und -gehälter	0,4	3,2	3,2	1,9	3,1	3,3	3,7	2,8	2,1	1,8
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,7	1,7	1,1	-2,5	-1,0	1,3	2,1	1,0	1,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-1,5	-5,3	-0,7	0,4	-6,8	-3,7	-1,3	0,0	0,3	0,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	4,0	3,3	2,5	4,6	3,1	3,3	3,5	2,2	2,8
Verfügbares Einkommen	1,9	2,1	2,7	2,4	1,8	2,3	3,1	2,5	2,3	2,5
Konsumausgaben	2,3	1,8	3,7	2,4	1,3	2,3	4,3	3,2	2,1	2,6
Sparen	1,5	5,9	-4,8	3,6	6,1	4,1	-4,7	-3,6	4,6	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸										
a) Mrd. Euro										
Einnahmen										
Steuern	530,5	577,5	591,9	605,0	285,3	292,2	283,9	308,1	290,9	314,2
Sozialbeiträge	401,1	399,3	403,0	410,6	193,8	205,5	194,4	208,5	198,3	212,3
Vermögenseinkommen	17,4	18,2	19,3	19,5	10,6	7,6	11,8	7,5	12,0	7,5
Sonstige Transfers	14,3	14,3	14,3	14,3	6,7	7,6	6,7	7,6	6,7	7,6
Vermögenstransfers	9,2	10,0	9,8	10,1	5,2	4,8	4,8	5,0	4,9	5,1
Verkäufe	44,4	45,8	46,1	46,3	22,1	23,7	22,5	23,6	22,6	23,7
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1017,2	1065,4	1084,8	1106,2	523,8	541,6	524,2	560,6	535,5	570,7
Ausgaben										
Vorleistungen	97,8	101,2	103,5	105,5	47,0	54,1	48,3	55,2	49,5	56,0
Arbeitnehmerentgelte	167,7	168,2	171,4	172,1	80,6	87,6	82,5	88,8	82,9	89,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	66,9	70,8	73,5	33,1	33,8	35,2	35,6	36,6	36,8
Subventionen	26,8	26,9	26,8	26,6	13,0	13,9	12,9	13,8	12,9	13,7
Monetäre Sozialleistungen	428,5	421,9	427,2	431,2	211,5	210,5	213,7	213,4	215,4	215,8
Soziale Sachleistungen	171,5	177,0	181,7	185,9	87,6	89,4	90,3	91,5	92,5	93,5
Sonstige laufende Transfers	35,2	36,4	39,4	42,5	18,0	18,5	19,2	20,2	20,5	22,0
Vermögenstransfers	30,8	30,4	29,0	27,1	16,5	14,0	15,0	14,0	13,5	13,6
Bruttoinvestitionen	32,8	36,2	37,3	38,0	16,0	20,1	16,4	20,9	16,8	21,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,3	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1054,5	1063,7	1085,7	1100,9	522,6	541,1	533,0	552,7	540,0	560,9
Finanzierungssaldo	-37,3	1,7	-0,9	5,2	1,2	0,5	-8,8	7,9	-4,5	9,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	7,6	8,9	2,5	2,2	10,4	7,4	-0,5	5,4	2,5	2,0
Sozialbeiträge	1,1	-0,5	0,9	1,9	-0,5	-0,4	0,3	1,5	2,0	1,8
Vermögenseinkommen	23,0	4,6	6,1	1,0	6,1	2,6	11,5	-1,3	1,6	0,1
Sonstige Transfers	-21,4	0,4	0,0	-0,3	-1,5	2,1	0,0	0,0	-0,6	-0,1
Vermögenstransfers	-7,1	8,2	-1,9	3,0	9,3	7,0	-7,4	4,1	3,1	2,9
Verkäufe	0,0	3,1	0,7	0,4	4,1	2,2	1,8	-0,3	0,7	0,2
Sonstige Subventionen	-12,2	-4,7	-4,9	-5,1	-5,9	-3,8	-6,3	-4,0	-6,7	-4,2
Insgesamt	4,1	4,7	1,8	2,0	5,6	3,9	0,1	3,5	2,2	1,8
Ausgaben										
Vorleistungen	0,9	3,5	2,3	1,9	4,9	2,3	2,7	2,0	2,5	1,4
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	0,2	1,9	0,4	0,6	-0,1	2,4	1,5	0,4	0,4
Vermögenseinkommen	3,7	3,1	5,8	3,8	3,3	3,0	6,4	5,2	4,0	3,5
Subventionen	-1,7	0,3	-0,4	-0,6	1,1	-0,4	-0,2	-0,6	-0,5	-0,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-1,5	1,2	1,0	-2,5	-0,5	1,1	1,4	0,8	1,1
Soziale Sachleistungen	2,3	3,2	2,6	2,3	3,3	3,1	3,0	2,3	2,4	2,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	3,5	8,3	7,7	0,3	6,8	6,9	9,6	6,6	8,8
Vermögenstransfers	-11,5	-1,0	-4,7	-6,4	-2,4	0,7	-9,1	0,4	-9,4	-3,3
Bruttoinvestitionen	6,9	10,3	3,3	1,7	19,2	4,1	2,6	3,8	2,3	1,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-7,7	2,3	0,0	-18,6	2,7	5,3	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,2	0,9	2,1	1,4	0,7	1,1	2,0	2,1	1,3	1,5
1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.					5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.					
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.					6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.					
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.					7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.					
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.					8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.					

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Patientenverfügungen werden von einer großen Mehrheit abgelehnt. Nur jeder Zehnte möchte über den Verlauf seines Sterbens mitbestimmen

Ob Schlaganfall, Herzinfarkt oder auch ein schwerer Unfall: Es kann jeden treffen. Die Ärzte wollen Leben retten. Aber will der Patient um jeden Preis weiterleben? Täglich sind Ärzte mit der Frage konfrontiert, ob es im Sinne des Patienten ist, die Behandlung fortzusetzen. Aber nur etwa 10 Prozent der Bevölkerung hat für diesen Fall eine Patientenverfügung hinterlegt. Gut die Hälfte aller Befragten (52 Prozent) schließt das auch für die Zukunft aus. Am häufigsten lehnen es junge Menschen ab, sich in dieser Form mit der Vorstellung des eigenen Sterbens zu beschäftigen – insbesondere dann, wenn sie sich gesund fühlen aber zugleich wenig gesundheitsbewusst leben.

Zu diesen Ergebnissen kommen die beiden DIW-Forscher Frieder R. Lang und Gert G. Wagner in einer jetzt veröffentlichten Studie „Patientenverfügungen in Deutschland: Empirische Evidenz der Jahre 2005–2007“ (SOEPpaper Nr. 71)

Die Bereitschaft, eine Patientenverfügung zu hinterlassen, ist allerdings stark vom eigenen Erleben abhängig: So konnten die Autoren feststellen, dass Menschen eher bereit sind, den Verlauf des eigenen Sterbens zu bestimmen, wenn sie im letzten Jahr persönliche Erfahrungen mit dem Tod eines nahen Angehörigen gemacht haben. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen eine Patientenverfügung hinterlegt haben, mehr als drei mal so hoch, wenn sie ein Elternteil verloren haben.

Je reicher, desto skeptischer

Die Entscheidung für oder gegen eine Patientenverfügung ist unabhängig von Bildung oder Geschlecht. Allerdings lässt sich ein merklicher Zusammenhang feststellen beim Einkommen: Je höher das Haushaltseinkommen ist, umso skeptischer wird eine unbedingte Erhaltung des Lebens bewertet. Liegt das Haushaltseinkommen zum Beispiel unter 750 Euro, lehnen es 78 Prozent der Befragten ab, eine Patientenverfügung zu erstellen. Im Vergleich dazu: Nur rund 35 Prozent der Befragten lehnt eine Patientenverfügung grundsätzlich ab, wenn das Haushaltseinkommen 3 500 Euro übersteigt.

Auch in Zukunft werden es insbesondere jüngere, akut erkrankte Personen sein (zum Beispiel Unfallopfer oder Infarktpatienten), die keine Patientenverfügung hinterlegt haben. Doch nach Ansicht der Autoren verdeutlichen diese Befunde, dass eine Aufklärung über Tod und Leiden am Lebensende nicht die Aufgabe von Ärzten und Mediziner sein kann. Vielmehr ist gesellschaftliche Aufklärungsarbeit gefragt. „Gestorben wird in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Das macht es einfacher, die eigene Endlichkeit zu verdrängen.“ So Frieder R. Lang, Professor am Institut für Psychogerontologie an der Universität Erlangen-Nürnberg und Forschungsprofessor am DIW Berlin: „Für mich ist das Sterben auch ein Teil des Lebens, und was da passieren soll, will ich – soweit es eben geht – mitbestimmen.“

Grundlage für die Analysen sind Erhebungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Damit stehen erstmals Daten zum Thema Patientenverfügungen und selbst bestimmtes Sterben zur Verfügung, die für die gesamte, erwachsene Bevölkerung in Deutschland repräsentativ sind. Frühere, nicht repräsentative Studien sind davon ausgegangen, dass zwischen 12 und 25 Prozent der Bevölkerung eine Patientenverfügung hinterlegt hat. Die Zahl ist vermutlich deshalb überschätzt, weil die Befragungen unter anderem unter Patienten in Krankenhäusern durchgeführt wurden.

Eine Kurzfassung dieser Analyse ist jüngst als Originalarbeit in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift erschienen (132. Jg., 2007, S. 2558–2562).

Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung. Die Standardfragebögen werden regelmäßig um aktuelle Schwerpunktthemen erweitert. Die jährliche Erhebung der Daten wird vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt.

Christian Dreger, Konstantin Kholodilin, Kirsten Lommatzsch,
Jiri Slacalek, Przemyslaw Wozniak

Price Convergence in the Enlarged Internal Market

In this paper we investigate the effects of EU enlargement on price convergence. The internal market is expected to boost integration and increase efficiency and welfare through a convergence of prices in product markets. Two principal drivers are crucial to explain price developments. On the one hand, higher competition exerts a downward pressure on prices because of lower mark ups. On the other hand, the catching up process of low income countries leads to a rise in the price levels and higher inflation over a transition period. Using comparative price levels for 41 product categories price convergence can be established. However, the speed of convergence is rather slow, with half lives around 10 years. The enlargement has slightly stimulated convergence towards the mean price, and this impact is robust across different groups of countries. Moreover, the driving forces of convergence are explored. In line with theoretical predictions, the rise in competition exerts a downward pressure on prices, while catching up of low income countries leads to a rise in price levels and higher inflation. The findings have important implications, as price convergence facilitates the working of common economic policies.

Discussion Paper No. 730

Oktober 2007

Boriss Siliverstovs, Dieter Schumacher

The Missing Globalization Puzzle: Another Explanation

This study suggests another explanation of the “missing globalization puzzle” typically observed in the empirical gravity models. In contrast to the previous research that focused on aggregated trade flows, we employ the trade flows in manufacturing products broken down by 25 three-digit ISIC Rev.2 categories. We estimate the distance coefficient using the log-linear specification of the standard as well as the generalized gravity equations. Our data set comprises trade flows for 22 OECD countries that span the time period from 1970 till 2000. We observe a substantial decline in the value of the distance elasticity in most manufacturing industries.

Discussion Paper No. 735

Oktober 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

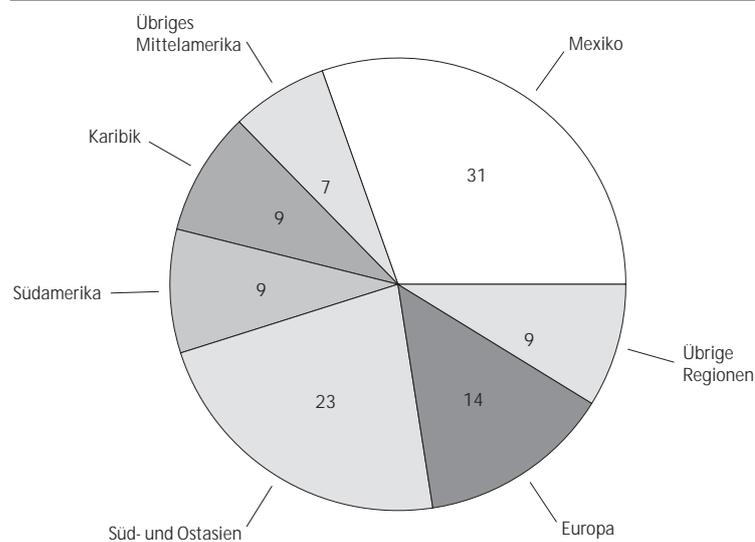
The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Im Wochenbericht Nr. 51-52/2007 ist auf Seite 786 die Abbildung 1 mit einer fehlerhaften Beschriftung abgedruckt worden. Hier ist die korrekte Fassung:

Abbildung 1

Immigranten in den USA nach Herkunftsregionen 2005

Anteile in Prozent



Quelle: Pew Hispanic Center.

DIW Berlin 2007

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens
6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012–1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

**Der nächste Wochenbericht erscheint
am 16. Januar 2008**

Herausgeber und Redaktion des Wochenberichts
wünschen allen unseren Lesern
ein gesundes und erfolgreiches
Jahr 2008.